

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

MUTTENZ Abstimmungsparolen

4mal Nein, einmal Ja

Rg 21580


Die FDP Schweiz empfiehlt die Initiativen «für eine menschenwürdige Fortpflanzung» und «für eine Beschleunigung der direkten Demokratie» zur Ablehnung. Der FDP-Delegiertenrat hat die Nein-Parole zur eidgenössischen Quoten-Initiative gefasst. Der Delegiertenrat unterstützt zudem ohne Begeisterung die Justizreform. Bereits im Oktober 1999 hatte die Delegiertenversammlung das Nein zur Verkehrshalbierungsinitiative beschlossen.

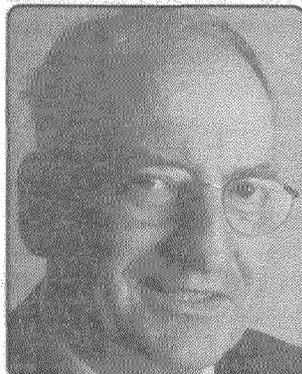
Seite 5 und 6 in diesem Freisinn).

Der Delegiertenrat hatte zuvor nach einer Vorstellung durch Nationalrat Fulvio Pelli der Justizreform ohne Begeisterung zugestimmt. Die Frauenquoteninitiative – unterstützt von Christine D'Souza, bekämpft von Fabia Schild – stiess bei den Delegierten

GUS. Die Delegierten fassten die Nein-Parole zur Denner-Initiative mit 160 zu 0 Stimmen. In einer von «Arena»-Moderator Patrick Rohr geleiteten kontradiktorischen Diskussion mit Ständerätin Vreni Spoerry, Nationalrat Charles-Albert Antille, dem Baselbieter Regierungsratskandidaten Adrian Ballmer (contra) und Nationalrat Ulrich Schlüer (pro) wurde bemerkt, dass die Behandlungsfristen für Volksinitiativen bereits massiv ver-

kürzt wurden. Der Bundesrat wurde aufgefordert, beim Timing der Abstimmungstermine für Initiativen Augenmass zu wahren. Zur Fortpflanzungsinitiative wurde das Nein mit 158 gegen eine Stimme beschlossen. Ständerätin Helen Leumann vertrat die Contra-, Nationalrat Rudolf Rechsteiner die Pro-Seite. Ein Verbot der Fortpflanzungsmedizin kommt für die Freisinnigen nicht in Frage.

Gegen die Denner-Initiative trat auch Bundesrat Pascal Couchepin ein. Sie schwäche die direkte Demokratie. Bürgerinnen und Bürger brauchten Zeit zur Meinungsbildung; die Initiative wolle jedoch die Fristen weiter verkürzen. Dies nütze nur jenen, welche viel Geld für Abstimmungskampagnen einsetzen könnten. FDP-Präsident Franz Steinegger rief die Delegierten auf, weiterhin selbständig liberale Politik zu betreiben (s. auch



Bundesrat Pascal Couchepin glänzten in Muttenz mit engagierten Reden. Bilder senn & stahl

auf Ablehnung. Der Delegiertenrat tagte zum letztenmal. Er wurde durch eine Statutenrevision aufgelöst und wird durch eine Präsidentenkonferenz der Kantonalparteipräsidenten ersetzt werden.

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Rede des Parteipräsidenten in Muttenz ab Seite 5
- Die Artikel zu den Abstimmungsparolen ab Seite 10
- Der Aufruf von alt Bundesrat Rudolf Friedrich für die Uno-Initiative Seite 11
- Der neue Freisinn-Wettbewerb Seite 17



Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 12. März 2000:

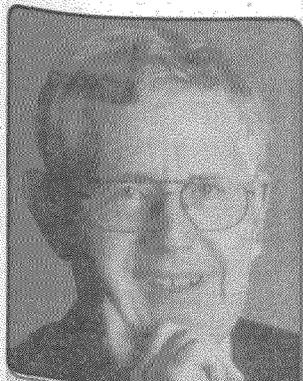
NEIN zur Denner-Discount-Demokratie (Initiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie»)

NEIN zum Verbot der Fortpflanzungsmedizin (Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung)

NEIN zur Verkehrshalbierungsinitiative

NEIN zur Frauenquoteninitiative (Initiative 3. März)

zur Justizreform



Sowohl Bundesrat Kaspar Villiger als auch...

DIE ROLLE DER PARTEIEN ◉ Ein Diskussionsbeitrag

Zwischen Finanzierungsmalaise und neuer Anerkennung

Das Malaise der Parteien ist offensichtlich geworden: Weil sie ihre Funktion als Institution nicht mehr befriedigend wahrnehmen können, wird jetzt auch wieder die staatliche Parteienfinanzierung diskutiert. Wo liegen die Hauptprobleme, was ist zu tun, und was ist zu unterlassen?



Johannes Matyassy

VON FDP-GENERAL-SEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)

Die Parteienfinanzierung ist im Gefolge der Veröffentlichung der Thesen von Lukas Mühlemann wieder zu überraschender Publizität gekommen. Damit tritt ein Malaise einmal mehr ans Tageslicht, das sich in den letzten Jahrzehnten herangebildet hat, zu dessen Überwindung aber bisher höchstens Grundlagenarbeiten unternommen wurden.

Welche Aufgaben haben die Parteien?

Wir leben heute mit – unter schwierigen Umständen – mehr schlecht als recht funktionierenden Parteien. Während die staatlichen Verwaltungsstellen gerade im Informationsbereich massiv aufgestockt wurden, verfügen die meisten Parteien heute real noch über praktisch dieselben Budgets und Kapazitäten wie vor Jahren. Die Anforderun-

gen an die gewachsenen Aufgaben der Parteien haben zugenommen:

– Rekrutierung von Legislativ- und Exekutivmitgliedern, Richtern und hohen Beamten. Präsentation valabler Kandidierender für die zahlreichen öffentlichen Ämter sowie Führung der Wahlkämpfe.

– Kommunikationsröhre zwischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern einerseits und Behörden andererseits, Information und Meinungsbildung gerade bei Sachabstimmung – und das auf den drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Seit 1972 wurden allein auf Bundesebene 7 nationale Wahlkampagnen geführt und rund 230 Abstimmungsvorlagen begleitet.

– Transfer von Bedürfnissen, Wünschen, Kritik der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess hinein sowie Interessenvertretung der Wählerinnen und Wähler.

Die Partei als Kulisse?

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Parteien hat sich in den letzten Jahren eine Kluft aufgetan, die mitunter zum insgesamt schlechten Image dieser an sich wichtigen Institution einer Demokratie beigetragen hat. Die Kapazitäten reichen kaum mehr aus, um die notwendige Dienstleistung zu erbringen. Die Par-

teien können beispielsweise kaum mehr Tiefgang in der politischen Substanz bieten, sondern werden gerade in diesem wichtigen Bereich zunehmend abhängig vom Brain-Power der Verwaltung und der Verbände. Die Parteien drohen zu eigentlichen Kulissen zu werden, das Prinzip der schwachen Parteien feiert Urständ.

Kaum Realisierungschancen für direkte Subventionierung

Die Parteienfinanzierung ist heute höchst unterschiedlich geregelt. Während die einen primär von Mitgliederbeiträgen leben, haben andere – wie die FDP – einen sehr hohen Anteil an Spendengeldern. Allen gemeinsam ist das oben beschriebene Malaise. Die Generalsekretäre der Bundesratsparteien haben deshalb eine gemeinsame Studie über mögliche Modelle einer zeitgemässeren Parteienfinanzierung in Auftrag gegeben. Deren Ergebnisse werden gegenwärtig in den einzelnen Parteigremien diskutiert. Die Modelle reichen dabei von einem pragmatischen Ansatz – Aufstockung der Fraktionsbeiträge – bis hin zur Vision einer direkten staatlichen Subventionierung der Parteien aus Steuergeldern. Diese dürfte allerdings kurz- und mittelfristig kaum Realisierungschancen besitzen.

Outing der Sponsoren versus Liebesentzug

Transparenz wird von den Parteiverantwortlichen zum entscheidenden Teil geübt. Heute ist bekannt, wie sich die Budgets der einzelnen

Parteien zusammensetzen. Das immer wieder vorgebrachte Argument der Abhängigkeit greift nicht: Die Parteien stellen ihre Programme selbständig zusammen und tragen sie auf den politischen Markt. Unternehmen, Verbände, Stiftungen und Privatpersonen, die diesem Programm im grossen und ganzen zustimmen, unterstützen dieses Angebot gelegentlich. Verhältnisse wie in Deutschland (CDU-Parteispenden) sind in der Schweiz allein schon auf Grund der Machtverhältnisse ausgeschlossen. Keine Partei verfügt über eine Mehrheit in Regierung und Parlament und könnte einen Entscheid mit Sicherheit durchsetzen. Trotzdem: Eine generelle Offenlegungspflicht steht nicht zur Diskussion, solange keine staatlichen Beiträge direkt an die Parteien fliessen. Die Nennung der einzelnen Sponsoren würde dazu führen, dass es sich verschiedene dieser Spender auf Grund ihrer Geschäftstätigkeit schlicht nicht mehr leisten könnten, eine Partei zu unterstützen. Ihnen würde Liebesentzug der Kunden drohen.

Was ist zu tun?

Die Parteien haben immerhin Aufnahme in der revidierten Bundesverfassung gefunden. Damit ist eine erste Anerkennung ihrer Funktion, ihrer Aufgaben und Dienstleistungen erfolgt. Weiteres bleibt zu tun, wenn sich die Schweiz wieder Parteien leisten will, welche ihre Funktion befriedigend erfüllen können:

1. Parteienfinanzierungsmodelle.
2. Öffentliche Diskussion möglicher Modelle und Einbringen realisierbarer Modelle in den politischen Prozess.
3. Massnahmen zur besseren Kennzeichnung der Dienstleistungen, welche die Parteien einbringen.

ZUM THEMA

Während die staatlichen Verwaltungsstellen gerade im Informationsbereich massiv aufgestockt wurden, verfügen die meisten Parteien heute real noch über praktisch dieselben Budgets und Kapazitäten wie vor Jahren.

Die Parteien drohen zu eigentlichen Kulissen zu werden, das Prinzip der schwachen Parteien feiert Urständ.

Verhältnisse wie in Deutschland (CDU-Parteispenden) sind in der Schweiz allein schon auf Grund der Machtverhältnisse ausgeschlossen. Keine Partei verfügt über eine Mehrheit in Regierung und Parlament und könnte einen Entscheid mit Sicherheit durchsetzen.

Allzu vieles wird heute noch unbewusst als selbstverständlich hingenommen.

4. Erhöhung der Fraktionsbeiträge. Es darf nicht sein, dass die Parteien den Parlamentsbetrieb indirekt mitfinanzieren müssen.

VORSTELLUNG ◉ Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 2

Kurt Wasserfallen

Geburtsdatum: 27. April 1947

Bürgerort: Wileroltigen

Zivilstand: verheiratet

Kinder: zwei (80, 81)

Konfession: protestantisch

Militär: als Hptm aus der Armee entlassen

Hobbies: Familie, Sport, Natur

Ausbildung

Primarschule in Bern

Progymnasium und Gymnasium in Bern

Universität Bern

Dr. phil. nat. Chemiker

Gegenwärtige Tätigkeit

Polizeidirektor der Stadt Bern

Politik

1985–1990 Stadtrat der Stadt Bern

1986–1989 Mitglied Planungskomm. (Präs. 88)

1990–1991 Grosser Rat des Kt. Bern

seit 1992 Gemeinderat, Polizeidirektor

Organisationen/Verbände/Institutionen

(Mitgliedschaft, Verwaltungsratsmandate)

– VR-Präsident Autoeinstellhalle Waisenhausplatz AG

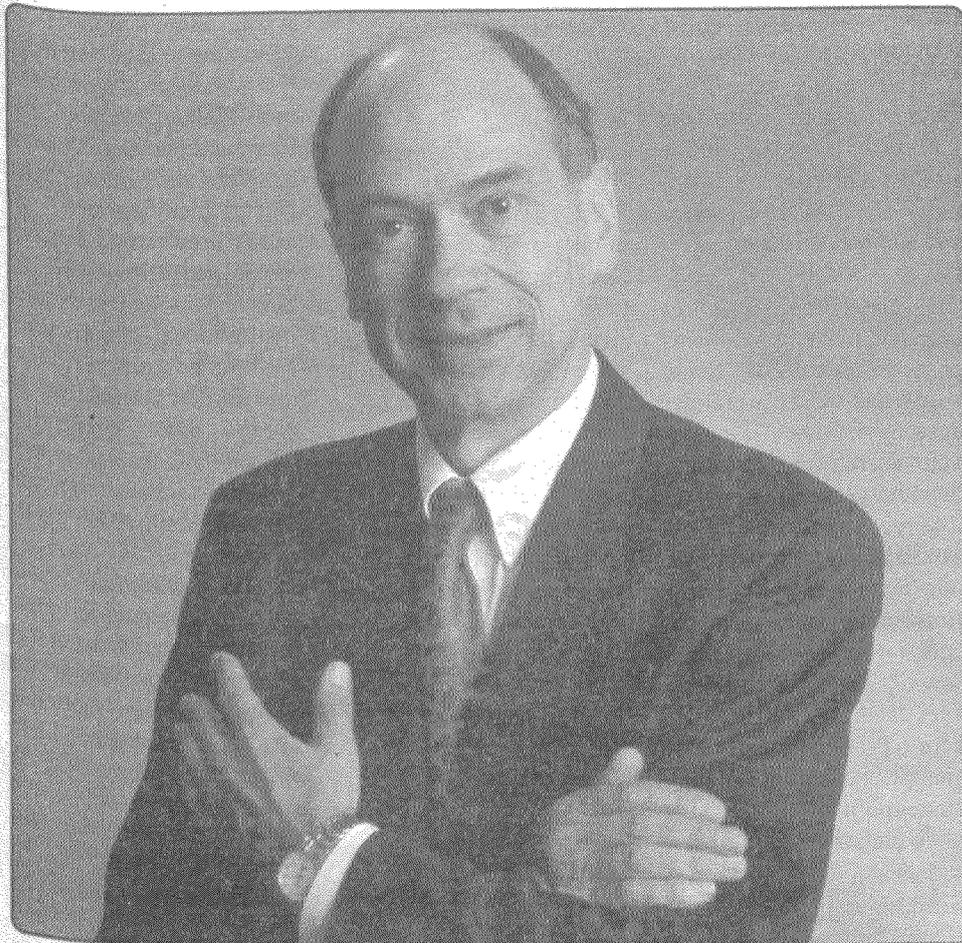
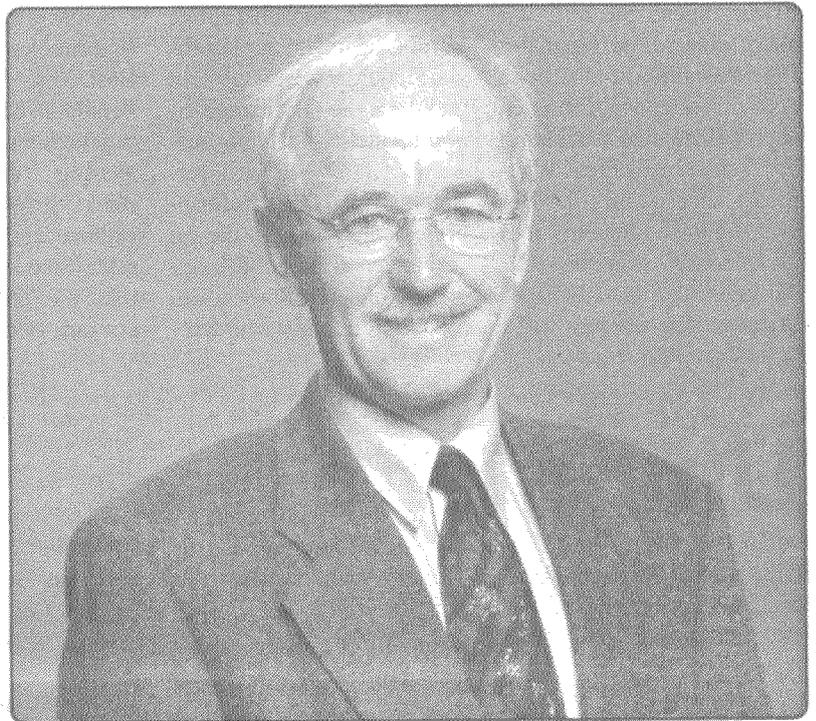
– VR-Präsident Bernische Genossenschaft für Feuerbestattung

– VR Sportbetriebe Bern AG

– VR Autoeinstellhalle Rathaus und Grosse Schanze AG

– Aufsichtskommission Bernisches Historisches Museum

– Vorstand Bern-Tourismus



Peter Briner

Geburtsdatum: 1. November 1943

Bürgerort: Zürich und Schaffhausen

Zivilstand: verheiratet

Kinder: zwei (69, 72)

Konfession: reformiert

Militär: Hauptmann a. D.

Hobbies: Berge, Reisen, Literatur

Ausbildung:

Primar- und Sekundarschule in Kilchberg

Kantonale Handelsschule Zürich

Bowdoin College, Brunswick, ME

Kantonales Handelsdiplom Zürich

Politik

1977–1986 Grosser Rat des Kantons Schaffhausen

1987–1999 Regierungsrat des Kantons Schaffhausen

Partei

1976–1984 Präsident FDP Kanton Schaffhausen

Organisationen/Verbände/Institutionen

(Mitgliedschaft, Verwaltungsratsmandate)

– Verwaltungsrat NOK, Baden

– Verwaltungsrat Kraftwerke Hinterrhein AG, Thuisis-Verwaltungsrat Vereinigte Schweiz. Rheinsalinen AG, Schweizerhalle

Blick aufs Jahr 2006

Spätestens im Jahr 2006 benötigt die Eidgenossenschaft eine neue Steuerordnung. An diese Ordnung knüpfen sich erhebliche Erwartungen. Sie soll vor allem eine solide Finanzierungsbasis für die staatliche Aktivität abgeben. Daneben aber soll sie dem Wachstum der schweizerischen Wirtschaft und damit der Beschäftigung dienen und gleichzeitig Anreize für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften setzen.

In dieser Arbeit, die auf einem Gutachten für das Bundesamt für Wirtschaft und Arbeit (jetzt Staatssekretariat für Wirtschaft) basiert, werden zunächst einige Vorüberlegungen zur künftigen Steuerordnung angestellt und dann die Grundzüge einer möglichen Ordnung ausgearbeitet. Dabei wird versucht, von den Reformprojekten zu lernen, die im vergangenen Jahrzehnt in anderen kleineren Staaten Europas durchgeführt wurden.

Zentral für das hier vorgestellte Steuersystem ist zum einen die steuerliche Entlastung der Unternehmen und zum anderen der Übergang zu einer direkten Verbrauchssteuer bei der Besteuerung natürlicher Personen. Mit einer teilweisen Verlagerung der Finanzierung der staatlichen Altersvorsorge von den Lohnprozenten auf indirekte Steuern würden diese relativ zu den direkten Steuern an Bedeutung gewinnen.

Eine allgemeine Energiesteuer würde zusammen mit der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe die ökologische Komponente des Systems bilden.

Für die staatliche Altersvorsorge wird zudem der Übergang zu einer Einheitsrente vorgeschlagen, die entsprechend dem Verfassungsauftrag die Existenzsicherung ermöglichen sollte.

Ein nach diesen Grundzügen konzipiertes Steuer- und Abgabensystem ist sicher nicht ideal in dem Sinne, dass es alle oben aufgelisteten Wünsche voll-

ständig erfüllen würde. Schliesslich sind diese auch nicht ohne weiteres miteinander vereinbar. Es wäre jedoch in seiner Struktur einfacher und konsistenter als das heutige System, und es würde mehr Anreize zu Investitionen und Beschäftigung bieten, ohne dass das Steueraufkommen niedriger oder die soziale Bedeutung des Steuersystems als Mittel der Umverteilung deshalb geringer wäre.

«Eine moderne Steuer- und Abgabensystem für die Schweiz». Vorüberlegungen und Grundzüge (Reihe SIASR, Band 38). Zürich/Chur: Rüegger, 135 Seiten (1999) ISBN 3-7253-0666-4. Fr. 34.-

Umbrüche

Die weltpolitischen Umbrüche der Jahre 1985 bis 1995 stellten die Schweizer Aussenpolitik vor neue Herausforderungen. In welchen Mustern haben aussenpolitische Handlungsträger der Schweiz auf diese Herausforderungen reagiert, und welche Probleme sind dabei aufgetreten? Im Zentrum der vorliegenden Analyse stehen die Informationsverarbeitung und damit verbundene Mechanismen der Entscheidungsfindung. An diesen zentralen Elementen aussenpolitischen Handelns ist die Bewältigung globalen Wandels durch den aussenpolitischen Apparat der Schweiz am besten greifbar. Im speziellen untersuchen die Autoren jene Informationsverarbeitungs- und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Exekutive (Bundesverwaltung und Bundesrat), die von vier wichtigen Ereignissträngen im aussenpolitischen Umfeld der Schweiz in Gang gesetzt wurden:

- der deutschen Wiedervereinigung (1989/90)
- der Auflösung der Sowjetunion (1988-1991)
- der Golfkrise (1990-1991)

- der Aushandlung des EWR (1989-1992)

Diese vier Fälle liegen auf einem Kontinuum, das von geringer bis massiver Beanspruchung des aussenpolitischen Apparates der Schweiz reicht. Diese Fallselektion erlaubt, die Wirkungsweise und Qualität von Informationsverarbeitungs- und Entscheidungsprozessen bei unterschiedlicher Betroffenheit oder Belastung zu analysieren. Die empirische Untersuchung beruht auf öffentlich zugänglichen Informationen, verwaltungsinternen Dokumenten sowie zahlreichen Interviews mit aussenpolitischen Entscheidungsträgern der Schweiz. Indem sich die vorliegende Untersuchung vor allem mit der analytischen Leistungsfähigkeit des aussenpolitischen Apparates anhand konkreter Fälle auseinandersetzt, geht sie weit über die bisher verfügbaren Analysen im Zusammenhang mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates zur Planungs- und Koordinationsfunktion im Bereich der Aussenpolitik von 1992

und den Bericht der STG Coopers & Lybrand Consulting AG von 1993 hinaus. Letztere befassten sich nur am Rande mit der Effektivität und der Effizienz des aussenpolitischen Apparates angesichts konkreter Veränderungen des internationalen Umfeldes.

Die vorliegenden Fallstudien zeigen, dass die Antworten der Exekutive auf die untersuchten weltpolitischen Veränderungen vor allem zwei Wesenszüge tragen:

- Zurückhaltung und Reaktivität bei enger Situationsdefinition: In der Regel wurde nur agiert, wenn der aussenpolitische Apparat von aussen zur Reaktion beinahe gezwungen wurde. Zur regelmässigen und systematischen Entwicklung von Szenarien und zu der Entwicklung vorausschauender Handlungsoptionen sowie deren Bewertung kam es nur bei extrem starkem Problemdruck. Die analytische Durchdringung aussenpolitischer Vorgänge blieb meist gering.

- Versuch der taktischen Bewältigung strategischer Herausforderungen: Das

Mikromanagement aktueller Notwendigkeiten, die im Kontext konkreter Herausforderungen entstanden waren, stand in den untersuchten Fällen jeweils klar im Vordergrund. In strategischen Fragen der Aussenpolitik hält sich der Apparat hingegen zurück.

Diese zwei Wesenszüge lassen sich durch Akteurskonstellationen, individuelle und organisationelle Prozeduren der Informationsverarbeitung sowie individuelle und organisationsspezifische belief-systems bzw. Weltbilder erklären. Unter anderem ist dabei festzustellen, dass das Selbstbild des aussenpolitisch zurückhaltenden, neutralen Kleinstaates sich institutionell stark etablieren konnte und Resistenz entwickelt hat, was die zwei obengenannten Wesenszüge schweizerischer Antworten auf aussenpolitische Veränderungen wiederum verstärkt.

Aus der vorliegenden Analyse ergeben sich mehrere Empfehlungen. Erstens sollte der Informationsaustausch zwischen Botschaften und der Zentrale im

Sinne einer vollständigen Situationsdefinition ausgebaut und systematisiert werden. Zweitens ist eine Stärkung der strategischen Planungsebene, beispielsweise durch Ausbau und Aufwertung des strategischen Planungsstabes im EDA, sowie eine verstärkte Koordination mit Analyse- und Planungsstellen (z.B. Planungsstab der Bundeskanzlei und strategischer Nachrichtendienste im VBS) notwendig. Eine intensivierte Mitwirkung der Schweiz in internationalen Institutionen könnte diese Reformen beschleunigen und für den Verwaltungsapparat das notwendige Übungsfeld für verbesserte Analyse- und strategische Planungskapazitäten darstellen.

Die vorliegende Untersuchung entstand im Rahmen eines Projektes, das zu einem Teil aus Mitteln des Schweizerischen Nationalfonds (Nationales Forschungsprogramm 42) finanziert worden ist.

«Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik», Zürich/Chur: Rüegger, Thomas Bernauer und Dieter Ruloff (Herausgeber), Ca. 420 Seiten (1999) ISBN 3-7253-0657-5, Fr. 55.-

LAGEBEURTEILUNG ◉ Aus der Ansprache des Präsidenten

Dem Fundamentalismus entgegentreten

Wie haben wir vor und nach den Parlamentswahlen die Lage unseres Landes beurteilt? Wir waren und sind der Meinung, dass vorsichtiger Optimismus angemessen ist. Andere politische Kräfte sehen die Schweiz als Hort von Misswirtschaft und Korruption (Blocher). Wieder andere erkennen ein durch den neoliberalen Orkan verwüstetes Land (Koch).

VON FDP-PRÄSIDENT
FRANZ STEINEGGER,
NATIONALRAT, FLÜELEN
(UR)

Wir haben vor den Wahlen behauptet und bekräftigen es heute: Die Schweiz ist vorwärtsgekommen.

– Beweis 1: Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote ist auf unter 2,5% gesunken und bewegt sich damit auf dem Niveau vom Sommer 1992. Ungeachtet der andauernden Restrukturierungen in der Schweizer Unternehmenslandschaft, bleiben die Beschäftigungsaussichten positiv, da gut ausgebildete Arbeitskräfte in vielen Wirtschaftszweigen gesucht sind und in gewissen Branchen auch weniger qualifizierte Mitarbeiter eine Mangelware geworden sind.

– Beispiel 2: Bundesfinanzen. Eine klare Strategie brachte die Bundesfinanzen auf den Weg der Genesung.

– Beweis 3: Wettbewerbspolitik. Die Landwirtschaft befindet sich in einem Anpassungsprozess an das neue Umfeld. Durch Privatisierungen, organisatorische Verselbständigung und Verschärfung des Wettbewerbsrechts konnten Kosten reduziert werden.

– Beispiel 4: Infrastruktur. Wichtige Verkehrsinfrastrukturprojekte sind beschlossen, die Finanzierung gesichert. Diese Infrastrukturpolitik ist mit

– mung der eidgenössischen Räte erfahren.

– Beispiel 6: Examen durch internationale Experten. Internationale Experten stellen der schweizerischen Geld- und Finanzpolitik gute Noten aus. Diese Experten gehen davon aus, dass sich das Wirtschaftswachstum in der Schweiz weiter beschleunigen wird.

In unserem Land nehmen die Existenzgründungen mit neuen Arbeitsplätzen

Wählerinnen und Wähler hat sich erhöht. Gerne hätten wir natürlich auch unseren Wähleranteil erhöht. Wir dürfen also unseren kritischen Optimismus aufrechterhalten. Wie es sich gehört, werden wir vor Entscheidungen immer wägen, dann aber auch wagen. Nach den Parlamentswahlen haben auch Bundesratswahlen stattgefunden. Wir gratulieren unseren beiden Bundesräten zur Wiederwahl. Wir gratulieren aber

einer Niederlage, um den eigenen missionarischen Auftrag zu unterstreichen.

Das Absolute wird in die Politik gebracht

Bei diesem Versuch, sich selbst als einzige Kraft gegen das Böse aufzuwerten, kam es zu Übertreibungen, über die man lachen könnte, wenn sie nicht gewollt wären. Es ist nämlich der Versuch, sich als einzige Kraft gegen die Linke darzustellen und das Etikett «bürgerlich» für sich in Beschlag zu nehmen. Alles, was nicht SVP ist oder nach dieser Pfeife tanzt, ist sozialistisch oder gehört bestenfalls zum «Sumpf der Mitte». Im neu-linken Ideen-Dschungel der 60er Jahre gab es Gruppen, welche alle, die nicht die eigene Meinung teilten, zu Faschisten erklärten.

Nachdem die Stosskraft dieser Bewegung verebbt ist, trifft nun alle, welche den SVP-Parolen die Gefolgschaft verweigern, der Sozialismusverdacht. Man kann ja die Politik gelegentlich als Freund-Feind-Verhältnis begreifen. Wenn aber die Rechthaber am Ende nur noch Feinde gegenüber sehen, fängt der Fundamentalismus an. Dann wird das Absolute in die Politik gebracht, wo nur die Wahl besteht, sich zu unterwerfen oder als Sozialist entlarvt zu werden.

Liberaler Demokratie gegen Antibürger verteidigen

Als liberale Demokraten müssen und wollen wir auch aggressive, unbecome und lärmende Mei-



FDP-Präsident Franz Steinegger in der Diskussion mit Ständerätin Helen Leumann und Generalsekretär Johannes Matyassy. (Bild ruti)

den Nachbarländern abgestimmt.

– Beweis 5: Bilaterale Verträge. In einem harten Ringen wurden innenpolitisch die Voraussetzungen für das Landverkehrsabkommen und damit den Abschluss des bilateralen Vertrages geschaffen. Die bilateralen Verträge haben mit grossem Mehr die Zustimmung

zu. Die Jugend ist nicht einseitig ideologisch, sondern eher pragmatisch. Man engagiert sich auch für das Gemeinwohl.

Wahlziel erreicht – kritischen Optimismus aufrechterhalten

Unser Wahlziel «stärkste Fraktion in der Bundesversammlung» haben wir erreicht. Die Zahl unserer

auch Annemarie Huber-Hotz zur Wahl als neue Bundeskanzlerin.

Diese Bundesratswahl ist teilweise zu einem Behelf für politische Propaganda verkommen. Ich vermute immer noch, dass die SVP gar keinen zusätzlichen Bundesrat erhoffte, man wollte sich als Kampfverband gegen die Linke profilieren. Man sehnte sich nach

nungen und Stellungnahmen akzeptieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Unkultur einer ungehemmten Freund-Feind-Politik als Kampfansage an liberale Demokratie, an Toleranz und Kompromiss bekämpfen. Politik darf sich nicht in Faschismus- oder Sozialismusverdächtigungen erschöpfen. Dieser Fundamentalismus ist offenzulegen, und es ist ihm entgegenzutreten. Es dürfen sich nicht Antibürger zu Rettern der Bürgerlichkeit aufschwingen können.

send suchen wir Partner, deren Positionen den unseren am nächsten sind, um demokratisch Mehrheiten zu finden. Daraus resultieren gelegentlich kleine Kompromisse.

Der grosse Kompromiss mit allen massgebenden

und mehrheitsfähig zu machen.

Die FDP hat ihre Positionen vorgestellt:

– Die Vision 2007 als Beurteilung der längerfristigen Entwicklung (24. 10. 1998)

Abstimmung über bilaterale Verträge: Wir wollen gewinnen

Es sieht so aus, dass am 21. 5. 2000 die Abstimmung über die bilateralen Verträge stattfinden wird. Diese Abstimmung wollen wir gewinnen. Während der

Heute die Renten von morgen sichern

Das künftige Problem der Sozialwerke infolge des Alteraufbaus der Bevölkerung ist eines der am besten prognostizierten Probleme der Zukunft. Wir werden verhindern, dass unter sozialdemokratischer Führung erneut ein typisches Geschäft zulasten Dritter, d. h. zulasten der künftigen Generation, abgeschlossen



«Während der ganzen Legislatur werden uns die Postulate Sanierung der Bundesfinanzen, Schuldenabbau und Steuerstopp begleiten.» (Bild ruti)

politischen Kräften ist aber nur im Ausnahmefall notwendig. Wenn es darum geht, Fragen von nationaler Bedeutung im breiten Ausmass referendumssicher

– Der Aktionsplan «Sicherheit durch Erneuerung» mit vier konkreten Zielsetzungen für die Legislatur 1999–2003 (28. 8. 1999)

ganzen Legislatur werden uns die Postulate Sanierung der Bundesfinanzen, Schuldenabbau und Steuerstopp begleiten. Auch wenn die Defizite des Bundes geringer geworden sind, dürfen wir diese Ziele nicht aus dem Auge verlieren.

Eine zentrale Rolle wird die Sozialpolitik spielen. Nachdem von Sozialdemokraten und SVP im Bereich AHV/IV und Krankenversicherung ein soziales Schlaraffenland versprochen worden ist, geht es nun an die konkrete Arbeit zur längerfristigen Sicherung der Sozialwerke. Das Zeitfenster für eine zukunftsfähige Reform wird angesichts der Demographie immer enger. Wir dürfen andererseits auch festhalten, dass die Ausgangslage der Schweiz für die Lösung des Altersproblems mit dem Dreisäulensystem viel besser ist als in anderen Ländern.

ZUM THEMA

.....

Wie es sich gehört, werden wir vor Entscheidungen immer wägen, dann aber auch wagen.

.....

Wenn aber die Rechtshaber am Ende nur noch Feinde gegenüber sehen, fängt der Fundamentalismus an.

.....

Ich bin der Meinung, dass die FDP zunächst ihre eigenen Positionen und die eigenen Vorschläge zur Problemlösung erarbeiten muss. Anschliessend suchen wir Partner, deren Positionen den unseren am nächsten sind, um demokratisch Mehrheiten zu finden.

wird, und damit der Keim für künftige Verteilungskämpfe zwischen den Generationen gelegt. Es braucht Verständnis für die Generationen, die nach uns kommen.



Im Mittelpunkt des Medieninteresses: Franz Steinegers Zukunftspläne als Parteipräsident und Expo-Chef. (Bild ruti)

12. MÄRZ 2000  Nein zur Quoteninitiative

Das Geschlecht – allein Wahlentscheidend?

Die Volksinitiative für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden will dafür sorgen, dass die Frauen zukünftig auf Bundesebene zahlenmässig gleich stark präsent sind wie die Männer.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
VRENI SPOERRY,
HORGEN (ZH)

Dazu sollen in der Bundesverfassung folgende Regeln verankert werden:

Bei den Nationalräten, die ein Kanton in die grosse Kammer delegieren kann, darf die Differenz zwischen den gewählten Männern und Frauen nicht mehr als 1 betragen. In den Ständerat hat jeder Vollkanton zwingend eine Frau und einen Mann zu wählen. Dem Bundesrat haben mindestens drei Frauen anzugehören. Es können aber auch sieben Frauen sein. Eine garantierte Männerquote besteht nicht. Das gleiche gilt für das Bundesgericht, wo der Frauenanteil mindestens 40 Prozent betragen muss, aber auch 100 Prozent ausmachen kann.

Diese Frauenquoten sollen unbefristet in der Verfassung verankert werden. In einer Übergangsbestimmung wird lediglich festgehalten, dass die Wiederwahl von bereits amtierenden männlichen Mitgliedern des Bundesrates und des Bundesgerichtes auch dann möglich sein soll, wenn die vorgeschriebene Frauenquote noch nicht erreicht ist. Demgegenüber dürfen bei Ersatzwahlen für zurücktretende Mitglieder so lange nur Frauen gewählt werden, bis die vorgege-

bene Quote erreicht ist. Bis das der Fall ist, wäre jede für einen Mann abgegebene Stimme ungültig.

Bei allem Verständnis für eine zahlenmässig bes-

eine Quotenregelung sei in unserem Land etwas Bekanntes und gut Eingespieltes. Das Proporzwahlssystem garantiere auch kleineren Gruppierungen die Einsitznahme im eidgenössischen Parlament, im Ständerat sei jeder Kanton unabhängig von seiner Grösse mit zwei Personen vertreten, und im Bundesrat werde auch den sprachli-

chung aus und wären deshalb ohne männliche Unterstützung in der Lage, die Hälfte der Bundesbehörden weiblich zu besetzen.

2. Wahl trotz tieferer Stimmenzahl

Dazu kommt etwas Weiteres. Bei den bestehenden Quotenregelungen ist sowohl bei einer Majorzwahl wie auch innerhalb einer Liste immer der Kandidat oder die Kandidatin mit der höchsten Stimmenzahl gewählt. Das wäre nach Annahme der Quoteninitiative nicht mehr so. Zur Erreichung der vorgegebenen Frauenquote wäre sowohl bei den Listen- wie auch bei den Majorzwahlen nicht mehr die Person mit der höchsten Stimmenzahl, sondern die Person mit dem richtigen Geschlecht gewählt.

3. Verletzung wichtiger Grundrechte

Damit verletzt eine Frauenförderung über das Instrument der Ergebnisquoten, wie sie die Quoteninitiative anstrebt, wichtige demokratische Grundrechte. Die Wahlfreiheit der Wählenden wird eingeschränkt, ihr Wählerwille wird verfälscht und das passive Wahlrecht all jener tangiert, die nicht über das richtige Geschlecht verfügen. Die Initiative verletzt zudem die Rechtsgleichheit, können doch Frauen auf Dauer in einem Gremium übervertreten sein, Männer jedoch nicht.

Fazit

Der vermehrte Einbezug von Frauen in die aktive Politik ist mehr als er-

wünscht. Unsere Gesellschaft besteht aus Frauen und Männern. Die für diese Gesellschaft angemessene Politik muss daher auch von Vertretern beider Geschlechter gestaltet werden. Die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Männern und Frauen sollen eingebracht werden können. Da die Quoteninitiative jedoch wichtige Grundrechte unserer De-



FDP-Ständerätin Vreni Spoerry im Einsatz an allen Fronten, hier mit «Arena»-Moderator Patrick Rohr in Muttenz zur Denner-Initiative. (Bild ruti)

sere Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden lehnen sowohl Bundesrat wie auch die beiden Parlamentskammern diese Volksinitiative mit starkem Mehr ab. Die Hauptgründe dafür sind im wesentlichen die folgenden:

1. Keine Quoten für eine Mehrheit

Die Befürworterinnen der Initiative argumentieren,

chen Minderheiten eine Vertretung garantiert. Das ist richtig. Aber diese Quotenregelungen sind Ausfluss unseres föderalistischen Systems und schützen Minderheiten, Volksteile also, die ohne einen solchen Schutz kaum Chancen auf eine Wahl hätten. Bei den Frauen ist das anders. Die Frauen machen eine Mehrheit der Bevölke-

ZUM THEMA

Die Frauen machen eine Mehrheit der Bevölkerung aus und wären deshalb ohne männliche Unterstützung in der Lage, die Hälfte der Bundesbehörden weiblich zu besetzen.

Die unterschiedlichen Erfahrungshintergründe von Männern und Frauen sollen eingebracht werden können.

mokratie zum Schutz einer Bevölkerungsgruppe missachtet, die zahlenmässig in der Lage ist, sich selbst durchzusetzen, ist sie als unverhältnismässig abzulehnen.

KOLUMNE

Bunte Vögel, bunte Bilder



Eine nicht unbedeutende Tageszeitung lobte die Delegiertenversammlung einer nicht unbedeutenden Partei mit dem Hinweis auf den «mediengerechten» Verlauf. Diese Anerkennung bezog sich auf den Verzicht auf «endlose Grundsatzdebatten» und die Tatsache, dass die Kandidatenkür Stoff genug biete «für grosse Artikel und Beiträge».

Die Organisatoren von politischen Anlässen wissen nun, wie sehr es darauf ankommt, in erster Linie den Medien zu dienen und ihnen zuzudienen. Mediengerechtigkeit rangiert vor Sachgerechtigkeit. Diese Ordnung gilt es zu beachten. Das ist, wenn wir der nicht unbedeutenden Tageszeitung glauben, sehr einfach:

Je kürzer die Veranstaltungen und je aufregender die beteiligten Personen sind, desto üppiger fällt die Medienresonanz aus. Der Traum jeder Partei erfüllt sich mühelos. Sie kann auf Referate, Argumentarien und Diskussionen als meinungsbildenden Firlefanz verzichten und erst noch mit gesteigerter öffentlicher Aufmerksamkeit rechnen, sofern am Schluss, der am besten mit dem Anfang zusammenfällt, Menschen aus Boulevard-Fleisch und -Blut präsentiert werden können.

Das ist für die Medien ein Fresco. Eine Biographie mit bunten oder dunklen Flecken wirkt spannender als ein Leben ohne Abwege und Abstürze. Lange Sündenregister garantieren lange Artikel, bunte Vögel bunte Bilder. Medien-

echo ist Medienecho. Wer will da wählerisch sein, wenn es um die Wählerinnen und Wähler geht? Nur nicht so zimperlich!

Eine Partei darf auch Ungerechtes fordern, sofern sie es mediengerecht tut. Die Gerechtigkeit ohne mediengerechte Form ist chancenlos. Ob sich gerecht und mediengerecht miteinander vertragen, mag eine offene Frage sein.

Immerhin hat sich jetzt geklärt, wie Parteiveranstaltungen abzuwickeln sind: kurz und bündig – und noch effektvoller: kurz und bunt.

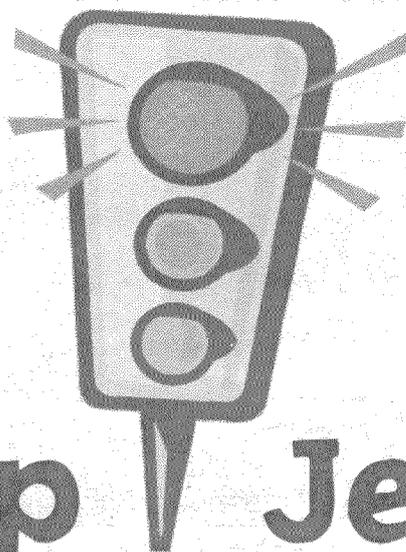
Aber vielleicht verteilte die nicht unbedeutende Tageszeitung ihr Lob weder aus Leichtsinne noch aus Frivolität, sondern aus leidvoller Erfahrung und schierer Verzweiflung. Die bittere Feststellung

könnte urteilsbestimmend gewesen sein, dass Parteienanlässe einem museumsreifen Ritual folgen und deshalb die lebendige Berichterstattung zumindest erschweren. Ein als Ausnahme empfundener Abend inspiriert.

So wollen wir denn auch nicht überlesen haben, dass die Bereitschaft der Medien zu «grossen Artikeln und Beiträgen» durchaus besteht, soweit die Parteien für den nötigen Stoff sorgen. Wer hier an die simple Boulevardisierung denkt, könnte als Alternative die Urkraft der direkten Demokratie vergessen haben.

*Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich*

Volksinitiative Steuerstopp Jetzt!



Unterschriftenbogen bestellen

Benötigen Sie Unterlagen, Argumentarien und Unterschriftenbögen für die Steuerstopp-Initiative, können Sie diese direkt über Internet herunterladen:

www.steuerstopp.ch

Oder wenden Sie sich an Ihre Kantonalpartei oder an das Sekretariat der Steuerstopp-Initiative in Bern, Tel. (031) 320 35 34, Fax (031) 320 35 00.

12. März: nationaler Sammeltag!

Die Unterschriftensammlung für die Steuerstopp-Initiative und die Petition «für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» läuft gut. Es braucht aber weiterhin die Unterstützung von allen Freisinnigen, damit die Initiative

und die Petition innert vernünftiger Frist zustande kommen. Am 12. März 2000 führen wir parallel zur eidg. Abstimmung einen nationalen Sammeltag durch. Fragen Sie Ihre Kantonalpartei betreffend organisierten Standaktionen.

BUNDESRATSWAHLEN  Nachlese

Status quo Helveticus

Die Bundesversammlung hat am 15. Dezember 1999 den Begriff Status quo neu definiert. Auf den ersten Blick hat sich anlässlich der Bundesratswahlen nichts geändert. Alle Mitglieder unserer Regierung wurden mehr oder weniger deutlich wiedergewählt. Die im Vorfeld von Politikern und Presse propagierten Überraschungsschläge haben nicht stattgefunden. In der Exekutive wird es wie anhin weitergehen. Und doch ist alles neu, und doch ist alles anders. Denn der Status quo heisst in unserem Land für einmal nicht politischer Stillstand. Der Wahlausgang ist als Symbol der eidgenössischen Stabilität und politischen Vernunft zu verstehen.

VON MARCELLO INDINO,
PRÄSIDENT JF BERN

An die Grenzen gestossen

Klar hätte man den Zürcher Rechtsausleger mit der Wahl in den Bundesrat zum Schweigen gebracht. Denn das Kollegialitätsprinzip unserer Regierung lässt keine populistischen Selbstdarsteller zu. Als Bundesrat hätte Christoph Blocher seinen politischen Stil nicht in der gleichen Form weiterführen können. Die Schweizerische Volkspartei hätte ihre Galionsfigur und somit einen grossen Teil ihrer Attraktivität verloren. Im Bundesrat hätte sich Blocher nicht nur auf seine Rhetorik stützen können. Den grossen Worten hätten Taten folgen müssen. Eine zu schwierige Aufgabe für einen Mann, dem der konstruktive Dialog fremd ist. Somit war die Nichtwahl Blochers klar der bessere Weg.

Die Fraktionsmitglieder von FDP, CVP und SPS stimmten mehr oder weniger geschlossen und diszipliniert gegen den Zürcher Bundesratskandidaten. Die bescheidenen 58 Stimmen, die er gegen Ruth Dreifuss und Moritz Leuenberger auf sich versammeln konnte, lassen zudem vermuten, dass er etliche Stimmen seiner eigenen Fraktion nicht auf sich zu vereinen wusste. Christoph Blocher wurde somit in seiner Absicht, Führer der bürgerlichen Kräfte im Parlament zu werden, deutlich gebremst. Er konnte sich zwar als polemischer Oppositionspolitiker weitläufig Gehör verschaffen. Als konstruktives Mitglied einer Kollegialbehörde ist er aber unbrauchbar.

Diese Erkenntnis wird weitere grosse Veränderungen mit sich führen. Nun hat die Schweizerische Volkspartei die Möglichkeit, für ihre oppositionelle Rolle eine fast parlamentarische Berechtigung zu präsentieren. Die deutliche Abfuhr zulasten von Bundesratskandidat Blocher wird sie mit Sicherheit als Auftrag, Opposition zu betreiben, verstehen und auslegen. Und doch geht das angewendete Win-Win-Prinzip nicht auf. Die Schweizerische Volkspartei und ihr Führer Christoph Blocher haben mit ihrer aggressiven Linie und der martialischen

Kandidatur ihren Abstieg eingeleitet. Statt einen doppelten Sieg einzufahren, hat man ihnen unmissverständlich mitgeteilt, dass sie an ihre Grenzen gestossen sind.

Bei der Eroberung eines zweiten Sitzes auf Kosten der Sozialdemokraten hätte sich die SVP als führende

bürgerliche Kraft aus dem rechten Spektrum profilieren können. Dies ist nun glücklicherweise nicht der Fall. Statt dessen wird sie auch in Zukunft nicht wirklich in der Exekutive vertreten sein. Mit Adolf Ogi hat sie vielmehr einen SVP-sympathisierenden Parteiloseren als einen wahren Vertreter ihrer konservativen Anliegen. Und die Niederlage Blochers war so deutlich, dass er nicht als Märtyrer, sondern als schlichter Verlierer in die Geschichte eingehen wird. Sein Resultat bestätigte einfach, dass der Rechtsausleger flüssiger als Wasser ist, überflüssig!

«Wie recht er doch hat!»

Eigentlich hätte die Retourkutsche an die SVP und an ihren ideologischen Übervater der Neuzeit noch deutlicher ausfallen sollen.

Bereits früher hätte man seinen verwirrten Geist mit Verachtung quittieren sollen. Ein Mann, der einem Holocaust-Leugner mit verbrecherischer Deutlichkeit und unmissverständlicher Klarheit beipflichtet, ist nicht anders zu behandeln. Die restlichen Bundesratsparteien haben diese überaus verräterische Äusserung bloss für Wahlkampfzwecke gebraucht. Jetzt wächst leider wieder Gras darüber. Im Grunde genommen wäre sie aber tragisch und gefährlich genug gewesen, um die Immunität ihres Schöpfers in Frage zu stellen. Unsere Politiker haben diese Chance aber falsch genutzt. Doch eigentlich ist dies halb so schlimm, denn Blocher fährt mit der Demontage seiner selbst munter weiter.

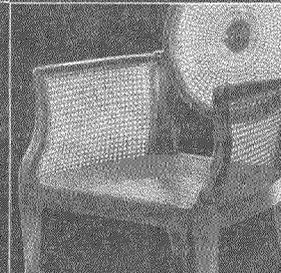
Behindertenwerk St. Jakob



Jacqueline Hauser:
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.



Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlstützen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergère-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95

Sommeruniversität 2000

Schon jetzt den Termin für die Sommer-Uni 2000
von FDP und Jungfreisinnigen reservieren:

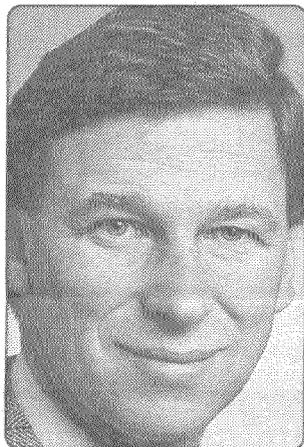
21. - 25. August 2000 in Neuenburg!

12. MÄRZ 2000 ◊ Nein zur sogenannten «Beschleunigungsinitiative»

Ein staatspolitisches Eigengoal

Die Initiative zur Beschleunigung der direkten Demokratie will gemäss Darlegung des Komitees mit der Begrenzung der Frist zwischen Einreichung eines Volksbegehrens und der Abstimmung auf zwölf Monate die Volksrechte stärken. Noch bevor am 12. März 2000 über diese Initiative abgestimmt wird, läuft bekanntlich ein zweites, weitergehendes Volksbegehren, welches bereits eine Abstimmung nach sechs Monaten fordert. Dabei sollen zudem Parlament und Bundesrat weitgehend ausgeschaltet werden.

VON FDP-NATIONALRAT
GEROLD BÜHRER,
THAYNGEN (SH)



FDP-Nationalrat Gerold Bühler: «In den laufenden Diskussionen scheint in Vergessenheit geraten zu sein, dass die Fristen zur Behandlung von Volksbegehren seit April 1997 bereits verschärft worden sind.» (Bild senn & stahl)

Die alte Ordnung bezüglich der Behandlung von Initiativen vermochte zweifellos nicht zu befriedigen. Es gab Fälle, bei denen der Souverän erst nach vielen Jahren an der Urne entscheiden konnte. Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind etwa die Wohneigentumsinitiative, bei der über fünf Jahre verstrichen, oder die Schnüffelstaatinitiative, welche es auf über sechseinhalb Jahre brachte. Störend war insbesondere auch, dass der Bundesrat bei der Fest-

legung des Abstimmungstermins über einen sehr weitgehenden Handlungsspielraum verfügte.

Verkürzte Fristen bereits in Kraft

In den laufenden Diskussionen scheint in Vergessenheit geraten zu sein, dass die Fristen zur Behandlung von Volksbegehren seit April 1997 bereits verschärft worden sind. So gilt für nach diesem Datum eingereichte Initiativen eine Behandlungsfrist von maximal drei Jahren und drei Monaten. Der Bundesrat hat innerhalb eines Jahres Botschaft und Anträge an das Parlament vorzulegen. Den eidgenössischen Räten verbleibt eine Frist von einem Jahr und sechs Monaten. Eine weitere bedeutende Änderung liegt darin, dass die Volksabstimmung spätestens neun Monate nach der Verabschiedung in den eidgenössischen Räten erfolgen muss.

Zu Recht wird die Frage gestellt, ob es notwendig ist, bei allen Volksinitiativen

derart lange zuzuwarten. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die erwähnten Fristen Maximalwerte sind. Dies heisst, dass es selbstverständlich auch in Zukunft Initiativen geben wird, die, weil sie in der Sache einfach sind, sehr viel rascher zur Abstimmung gebracht werden können. Bereits unter der alten Ordnung gab es immer wieder Volksbegehren, die deswegen in sehr kurzer Zeit entschieden werden konnten. Die Initiative für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge wurde beispielsweise bereits nach 13 Monaten zur Abstimmung gebracht. Wie bei der alten Ordnung verlängert sich auch zukünftig die Frist um maximal ein Jahr, sofern ein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird.

Auf den ersten Blick erscheinen auch die verkürzten Perioden als sehr komfortabel. Es gilt jedoch zwei Aspekte besonders zu berücksichtigen: erstens die grosse Anzahl von Volksbegehren. Allein im vergange-

nen Jahr wurden 19 Initiativen aufgelegt. Zweitens zeigt auch ein Blick auf die mit einem solchen Volksbegehren einhergehenden Diskussionen, dass eine massive zeitliche Verkürzung staatspolitisch äusserst problematisch wäre. Denn, obwohl bisher weniger als zehn Prozent der eingereichten Volksbegehren gutgeheissen wurden, es flossen viele Anregungen in irgendeiner Form in den politischen Prozess ein. Es kommt dazu, dass vielfach äusserst komplizierte Sachverhalte vorgebracht wurden, welche eingehende Abklärungen und Konsultationen notwendig machten. Jüngstes Beispiel dafür ist etwa die Initiative zum Schutz der Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie oder die Debatte über die Gentechnologie.

«Kleine» gewinnen auch

STROM-FORUM 1/2000

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft will den Strommarkt schrittweise für alle Kunden öffnen. Auch wenn – wie in ganz Europa – die Grosskunden zuerst Marktzugang erhalten, heisst das keineswegs, dass die Haushalte die Zeche zahlen. Im Gegenteil: im internationalen Vergleich sind die Schweizer Haushaltstrompreise bereits heute konkurrenzfähig, im Unterschied zu den Industriestrompreisen.

Fairer Markt für alle

Im Interesse ihrer Kunden will die Strombranche eine faire Marktöffnung für alle. Die Netze werden allen Anbietern gegen Entschädigung zur Verfügung gestellt. Der Verband schweizerischer Elektrizitätsunternehmen hat dazu ein einfaches, transparentes, nicht diskriminierendes Durchleitungsmodell beschlossen.

Nicht auf dem Buckel der «Kleinen»

Im internationalen Vergleich sind die Schweizer Haushaltstrompreise – im Unterschied zu den Preisen für Grosskunden – bereits heute günstig. Die Marktöffnung findet nicht auf dem Buckel der kleinen Kunden statt – im Gegenteil. Sie werden in den Genuss neuer Wahlfreiheiten kommen.

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTSUNTERNEHMEN, Postfach 6140, 8023 Zürich, www.strom.ch

UNO-INITIATIVE  *Noch fehlen Unterschriften*

Aufruf!

Die Initiative für den Beitritt der Schweiz zur Uno liegt seit vielen Monaten zur Unterzeichnung vor. Die Frist für die Sammlung der Unterschriften geht nun rasch ihrem Ende entgegen. Aber noch ist die nötige Mindestzahl von 100 000 nicht erreicht. Eine letzte intensive Anstrengung ist daher unerlässlich.

VON ALT FDP-BUNDESRAT RUDOLF FRIEDRICH, WINTERTHUR

Die Uno-Initiative will bewirken, was eigentlich längst hätte stattfinden müssen: Dass auch die Schweiz der Weltorganisation beiträgt. Warum soll sie das? Die Antwort ist einfach: Weil es immer mehr Probleme gibt, die nur weltweit gelöst werden können und von denen auch wir mehr oder minder direkt betroffen sind. Stichworte dafür sind rasch zur Hand: Konfliktverhütung, Friedenswahrung, Verhinderung der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen und Weiterentwicklung des Völkerrechts, Umwelt- und Klimaprobleme, insbesondere Schutz der Meere und

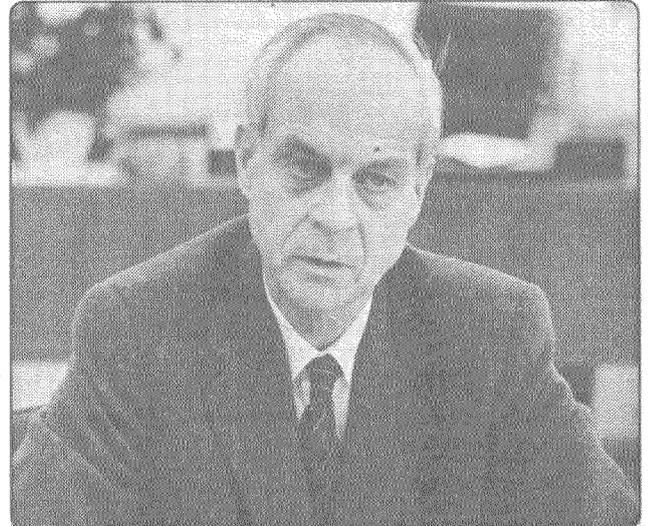
der grossen Wälder, Wahrung der Menschenrechte, Überbevölkerung und Flüchtlingsproblematik, Bekämpfung von Hunger und Seuchen, Unterentwicklung, internationale Kriminalität und anderes mehr. Es gibt eben nicht nur die vielzitierte Globalisierung der Wirtschaft; es gibt auch die Globalisierung der Politik, und gerade weil sich die Probleme weltweit stellen, ist eine weltweite Organisation erforderlich.

Schweiz zahlt, aber entscheidet nicht

Natürlich ist auch die Uno kein Wundermittel. Sie hat Mängel und erleidet Misserfolge. Aber sie hat auch vieles bewirkt und Lösungen zumindest angebahnt. Und welche menschliche

Institution wäre denn eigentlich fehlerfrei? – 185 Staaten jedenfalls bezeugen mit ihrer Mitgliedschaft, dass sie die Uno für notwendig halten. Die Schweiz ist – wenige unbedeutende Zwergstaaten mit ein paar tausend Einwohnern ausgenommen – noch der einzige übriggebliebene Abwesende. Zwar sind wir in einer ganzen Reihe von Sonderorganisationen der Uno mit dabei und zahlen dort auch beträchtliche Beiträge. Zudem beherbergen wir in Genf mehrere wichtige Uno-Institutionen. Aber ausgerechnet dort, wo letztlich die wegleitenden Entscheide fallen, in der Generalversammlung, spielen wir den stummen Zuschauer.

Das ist ein unwürdiger Zustand. Unwürdig einerseits, weil wir damit unser Land sozusagen aus dem Verkehr ziehen und uns selber um jeglichen Einfluss bringen. Unwürdig zudem, weil es auch in der Politik das Gebot der Verantwortung und eine moralische



Alt Bundesrat Rudolf Friedrich: «Ich bitte Sie nachdrücklich, die Uno-Initiative zu unterschreiben.» (Bild: ruti)

Verpflichtung gibt: Wir sind doch ein Stück weit mitverantwortlich für die Lösung gemeinsamer Probleme dieser Welt! Unserer Welt.

FDP für Uno-Beitritt

Die FDP der Schweiz hat sich in der «Erneuerungsstrategie 1998–2007» klar für eine weitere Öffnung unseres Landes nach aussen

und in diesem Rahmen für den Beitritt zur Uno ausgesprochen. Aber Ziele setzen allein genügt nicht. Man muss sich auch dafür einsetzen. Darum bitte ich Sie nachdrücklich, die Uno-Initiative zu unterschreiben – falls Sie es nicht schon getan haben. Sie leisten damit unserem Land und der Welt einen Dienst. ■

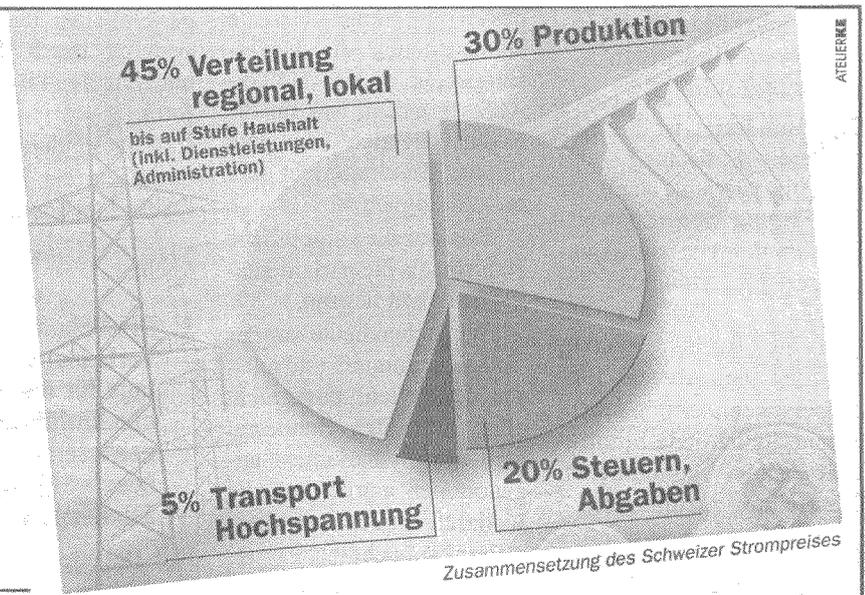
Wie gehen Sie vor?

Sie füllen die beiliegende Unterschriftenkarte aus, holen nach Möglichkeit weitere Unterschriften ein und senden die Karte bis spätestens Mitte Februar an das Initiativkomitee für

den Uno-Beitritt, Postfach 734, 4003 Basel. Weitere Unterschriftenkarten können Sie bei der FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, beziehen.

Keine Stromverteuerung

Die Elektrizitätsunternehmen haben im Interesse all ihrer Kunden grosse Anstrengungen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung unternommen. Sie erwarten von der Politik, dass sie die im internationalen Vergleich hohen Abgaben auf dem Schweizer Strom für alle Kunden reduziert. So werden die Schweizer Haushalte auch preislich zu den Gewinnern der Strommarktöffnung zählen.



ABSTIMMUNG VOM 12. MÄRZ ◉ Ja zur Justizreform

Ohne Begeisterung

«Das zentrale Anliegen der Justizreform ist es», so schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft vom 20. 11. 1996, «die Funktionsfähigkeit des obersten Gerichts und die Qualität der Rechtsprechung zu erhalten. Gleichzeitig sollen Lücken im Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger geschlossen werden. In der neuen Verfassung ist nun auch ausdrücklich die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter festgehalten.»

VON FDP-NATIONALRAT
FULVIO PELLI, LUGANO

Kurz zusammengefasst enthielt die Justizreform vier Hauptprojekte:

1. Die Schaffung zusätzlicher richterlicher Vorinstanzen

Der Ausbau der richterlichen Vorinstanzen des Bundesgerichts auf Bundes- und kantonaler Ebene (auf Bundesebene ein Bundesstrafgericht und eventuell ein Bundesverwaltungsgericht oder entsprechende Kommissionen) hätte das Bundesgericht von zeitaufwendigen erstinstanzlichen Verfahren entlasten sollen.

2. Die Einführung von Zugangsbeschränkungen zum Bundesgericht und die gleichzeitige Verankerung einer Rechtsweggarantie

Der Bundesrat wollte eine weitere Entlastung des obersten Gerichts dank der Einführung von Zugangsbeschränkungen zum Bundesgericht erreichen. Im Gegenzug sollte eine allgemeine Rechtsweggarantie den betroffenen Einzelpersonen ermöglichen, grundsätzlich jede Streitigkeit einer gerichtlichen Beurteilung zuzuführen.

3. Die Vereinheitlichung des Straf- und Zivilprozessrechts

Jeder Kanton verfügt über eine eigene Straf- und Zivilprozessordnung. Dies erschwert die Rechtspflege generell: Insbesondere die Zersplitterung des Strafprozessrechts verhindert eine effiziente Bekämpfung des internationalen Verbrechens und der organisierten Kriminalität.

4. Die Einführung einer beschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen

«Das heute geltende Recht», schrieb damals der Bundesrat, «verpflichtet das Bundesgericht, auch verfassungswidrige Bundesgesetze und -beschlüsse anzuwenden. Es kann grundsätzlich nicht einschreiten, wenn die Bundesversammlung Gesetze verabschiedet, die Verfassungsrecht oder Völkerrecht verletzen, was für die Rechtsuchenden wie auch für das Bundesgericht sehr unbefriedigend ist.»

Das war die vorgesehene Reform, als die parlamentarische Arbeit begann.

Wir stehen heute vor der Volksabstimmung und müssen feststellen, dass nicht alles, was der Bundesrat wollte, vom Parlament angenommen wurde, was die Justizreform zu einer Mini-reform gemacht hat:

– Die Verfassungsgrundlagen für die Vereinheitli-

chung des Zivil- und des Strafprozessrechts haben die Hürde des Parlamentes überwunden; obwohl die tatsächliche Vereinheitlichung auf gesetzlicher Stufe keine einfache Aufgabe sein wird, ist ein erster Schritt geschaffen worden;

– auch der verfassungsrechtliche Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, in grundsätzlich allen Rechtsstreitigkeiten an ein unabhängiges Gericht zu gelangen (also die Rechtsweggarantie), ist in der Vorlage immer noch enthalten;

– dazu führt die Justizreform in allen Bereichen richterliche Vorinstanzen ein und schafft die heute noch möglichen, für ein oberstes Gericht aber sachfremden erstinstanzlichen Prozesse vor dem Bundesgericht weitgehend ab, was das wichtigste Reformergebnis ist.

Mehr bringt aber diese Reform nicht, auch wenn einige weitere Entlastungsmassnahmen im Rahmen der OG-Revision einzuführen sind, wie z.B. die Vereinfachung des bundesgerichtlichen Rechtsmittelsystems durch Schaffung einer einzigen Beschwerdeform.

Insbesondere zwei wichtige Ziele der Reform, die für die Freisinnigen wichtig waren, wurden nicht erreicht:

1. Die Schaffung einer Verfassungsgrundlage für die gesetzliche Einführung von gewissen Zulassungsbeschränkungen zum Bundesgericht

Die Debatte im Parlament hat sich so sehr ideologisiert, dass auch vernünftige

Vorschläge keine Chancen gehabt haben.

2. Die begrenzte Ausdehnung der Verfassungsgerichtsbarkeit, die heute für die kantonalen Gesetze gilt, gilt auch für Bundesgesetze

Wir Parlamentarier können somit weiterhin verfassungswidrige Gesetze erlassen, weil das Bundesgericht auch in Zukunft keine Möglichkeit haben wird, ihre Verfassungswidrigkeit festzustellen. Das Parlament hat im letzten Moment, im Rahmen der Differenzbereinigung, eine von beiden Kammern schon angenommene Lösung aus Angst vor der Volksabstimmung abgeschafft und somit den Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Schutzmittel gegen uns Politiker abgenommen.

Hat diese Justizreform trotz ihrer Minimierung noch einen Sinn? Können wir Freisinnigen trotzdem «Ja» sagen? Wären wir eine Protestpartei, würden wir heute selbstverständlich die Chance ergreifen, gegen die parlamentarische Arbeit im Rahmen dieser Justizreform unsere Stimme zu erheben und dem Volk ein «Nein» zur enttäuschenden Mini-reform empfehlen. Wir sind aber keine Protestpartei und können deshalb nicht die Interessen unserer obersten Gerichte hinter diejenigen unserer Partei stellen. Die Reform ist eine Mini-reform, das ist ganz sicher. Insbesondere dank der Einführung der allgemeinen Verpflichtung, Vorinstanzen vor dem Bundesgericht vorzusehen, kann sie jedoch eine Verbesserung der chronischen Entlastungslage unserer obersten Gerichte herbeiführen. Das ist nicht viel, ist jedoch etwas. Eine dauernde Überlastung der Gerichte führt entweder zu einem Qualitätsverlust der Urteile oder zu einer Verzögerung der

Geschäftsbearbeitung, im schlimmsten Fall zu beidem. Der Rechtsschutz wird beeinträchtigt, weil die Verfahren länger dauern und die Gefahr besteht, dass die überlasteten Bundesrichter die Dossiers weniger sorgfältig prüfen.

Die durchgehende Vorschaltung richterlicher Vorinstanzen bringt in doppelter Hinsicht Entlastung für das Bundesgericht: Zum einen üben richterliche Vorinstanzen eine gewisse Filterwirkung aus. Das Urteil eines unabhängigen, wenn auch unteren Gerichts genießt im allgemeinen höhere Akzeptanz bei den Parteien als der Entscheid einer verwaltungsinternen

ZUM THEMA

Wir stehen heute vor der Volksabstimmung und müssen feststellen, dass nicht alles, was der Bundesrat wollte, vom Parlament angenommen wurde, was die Justizreform zu einer Mini-reform gemacht hat.

Eine dauernde Überlastung der Gerichte führt entweder zu einem Qualitätsverlust der Urteile oder zu einer Verzögerung der Geschäftsbearbeitung, im schlimmsten Fall zu beidem.

Beschwerdeinstanz. Deshalb ist mit weniger Weiterzügen an das Bundesgericht zu rechnen. Zum andern kann das Bundesgericht sich grundsätzlich auf eine blosser Rechtskontrolle beschränken, weil der Sachverhalt zuvor schon von einem Gericht überprüft worden ist.

Der Rat ist somit, trotz der Enttäuschung, ein «Ja» der Vernunft zu dieser Justizreform vorzuschlagen.

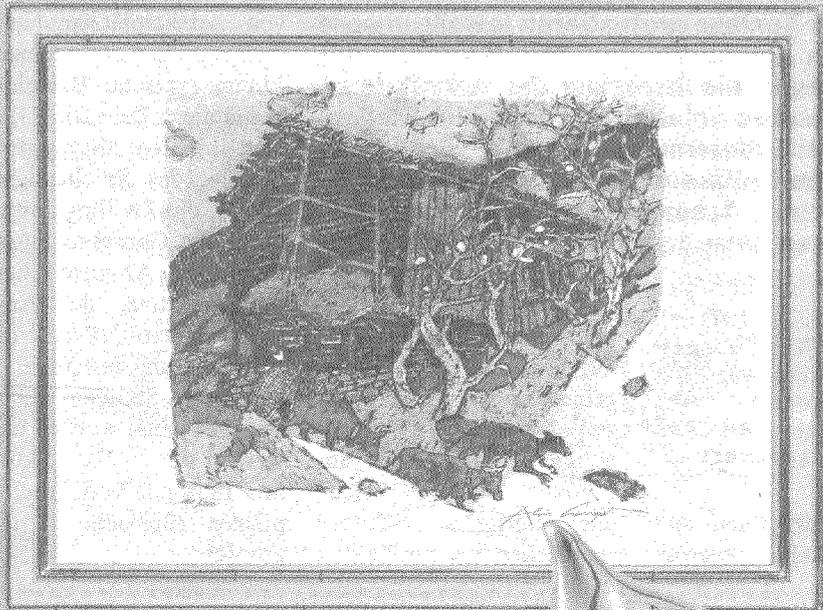
Die neusten Granolithos® von Alois Carigiet

FDP-Leserangebot




Alois Carigiet – Gaden mit Tieren
Granolitho® in 10 Farben auf handgerissemem Büttenpapier. Limitierte Auflage 1800 Exemplare. Mit Drucksignatur Alois Carigiet und Blindprägestempel der Erben Carigiet, handnummeriert. Format 50 x 70 cm.

FDP-Vorzugspreis
Fr. 298.–
In Original-Carigiet-Rahmen mit echt Weissgold-Filets. Format 58 x 78 cm.
Fr. 745.–



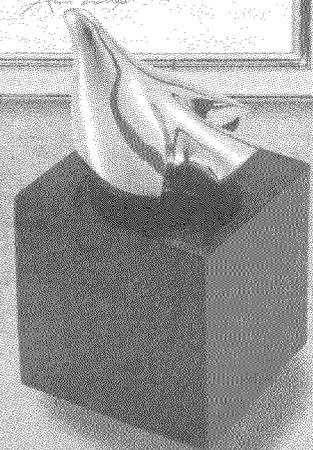
Alois Carigiet – Auerhahn
Granolitho® in 10 Farben auf handgerissemem Büttenpapier. Limitierte Auflage 1800 Exemplare. Mit Drucksignatur Alois Carigiet und Blindprägestempel der Erben Carigiet, hand-

nummeriert. Format 61 x 50 cm.
FDP-Vorzugspreis
Fr. 298.–
In Original-Carigiet-Rahmen mit echt Weissgold-Filets. Format 69 x 58 cm.
Fr. 745.–

In limitierter Auflage



Alois Carigiet – Bauernhaus
Granolitho® in 10 Farben auf handgerissemem Büttenpapier. Limitierte Auflage 1800 Exemplare. Mit Drucksignatur Alois Carigiet und Blindprägestempel der Erben Carigiet, handnummeriert. Format 50 x 70 cm.
FDP-Vorzugspreis
Fr. 298.–
In Original-Carigiet-Rahmen mit echt Weissgold-Filets. Format 58 x 78 cm.
Fr. 745.–



Ernst Ghenzi – Friedenstaube

Original-Bronzeskulptur von Ernst Ghenzi. Bronze poliert. Limitierte Auflage 49 Exemplare, vom Künstler signiert und nummeriert, mit Zertifikat. Die Taube sitzt auf einem Sockel aus schwarzem Diabas. Höhe der Skulptur inkl. Sockel 18 cm.
FDP-Vorzugspreis
Fr. 1650.– statt später Fr. 1950.–



Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

- Alois Carigiet – Gaden mit Tieren**, ungerahmt
- in Original-Carigiet-Rahmen
- Alois Carigiet – Auerhahn**, ungerahmt
- in Original-Carigiet-Rahmen
- Alois Carigiet – Bauernhaus**, ungerahmt
- in Original-Carigiet-Rahmen
- Ernst Ghenzi – Friedenstaube**, Bronze-Skulptur

Preise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungskostenanteil.

Fr. 298.–
Fr. 745.–
Fr. 298.–
Fr. 745.–
Fr. 298.–
Fr. 745.–
Fr. 1650.–

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir kostenlos Ihren Gesamtkatalog 2000.

Name Vorname

Str./Nr.

PLZ/Ort

Telefon P. Telefon G.

Datum Unterschrift

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstrasse 47, CH-6006 Luzern,
via Fax 041-417 20 51 oder Tel. 041-417 20 50

30 4FDP/2/00 3318

ABSTIMMUNG VOM 12. MÄRZ  Gedanken zur Verkehrshalbierung

Hemmungslose Arbeitsplatzvernichtungspolitik

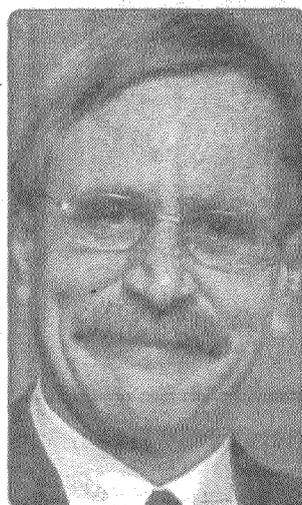
In schriller Tonlage protestieren jeweils unsere rot-grünen Genossen vor den Kameras der Presse gegen die Arroganz der Arbeitgeber, wenn irgendwo in der Schweiz ein Stellenabbau mit Entlassungen bekannt wird. Dass aber solche Entlassungen oft die Konsequenz ihrer eigenen Arbeitsplatzvernichtungspolitik sind, weisen diese natürlich weit von sich...

VON FDP-NATIONALRAT
PIERRE TRIPONEZ,
DIREKTOR DES
SCHWEIZERISCHEN
GEWERBEVERBANDES

Immer wieder muss sich unsere Wirtschaft gegen ar-

beitsplatzvernichtende Vorstösse aus dem links-grünen Lager zur Wehr setzen. Mit beharrlicher Regelmässigkeit werden Initiativen lanciert, welche den Werkplatz Schweiz schwächen und den Verlust

von Arbeitsplätzen hemmungslos in Kauf nehmen. Einige typische Beispiele aus jüngster Zeit: Die Kleeblatt-Initiative «Stopp dem Beton», das Spielbankenverbot, die Zwillinginitiative, die Genschutzinitiative, die Armeeabschaffungsinitiative, die Ausfuhrverbotsinitiative, die Umverteilungsinitiative, die 36-Stunden-Woche usw. Jedesmal wurden und werden mit solchen Aktionen Tausende von Arbeitsplätzen rücksichtslos gefährdet.



FDP-Nationalrat Pierre Triponez zur Verkehrshalbierung: «Bei einer Annahme droht ein gewaltiger Verlust an Arbeitsplätzen.» (Bild: sena & stahl)

Grünen – einmal mehr einen dramatischen Arbeitsplatzabbau in Kauf. Rund 350 000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel! Dass ausgerechnet die Sozialdemokraten, welche bei der ersten Schliessung einer Garage wieder hemmungslos die Arroganz der Arbeitgeber anprangern werden, an vorderster Front für die Verkehrshalbierung Propaganda machen, ist – um einen unanständigen Ausspruch zu vermeiden – zutiefst befremdend.

FDP sagt unmissverständlich Nein

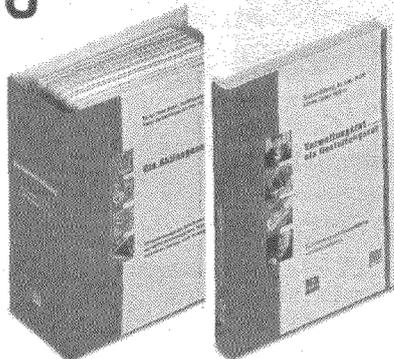
Die FDP Schweiz hat sich bereits im letzten Herbst mit aller Deutlichkeit gegen die Initiative ausgesprochen und empfiehlt allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein klares Nein.

Verantwortungslose Haltung der SP

Neuestes Beispiel für diese arbeitsplatzvernichtende Hemmungslosigkeit ist zweifellos die Verkehrshalbierunginitiative, über die wir am 12. März 2000 abstimmen müssen. Obwohl Bundesrat und Parlament den Initianten vorgerechnet haben, dass eine Annahme dieses rückwärtsgerichteten Volksbegehrens einen gewaltigen Verlust an Arbeitsplätzen nicht nur im Autogewerbe, sondern auch im Tourismus und in der gesamten Wirtschaft zur Folge hätte, hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei – aus irgendwelchen ideologischen Überlegungen – beschlossen, diese Initiative mit einer zustimmenden Parole zu unterstützen!

Mit dieser verantwortungslosen Haltung nimmt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz – in treuer Gefolgschaft der

So führen Sie Ihre Aktiengesellschaft optimal!



Der Praxisratgeber «Die Aktiengesellschaft» wird von lic. oec. HSG Peter Bertschinger und Dr. iur. Hans Aepli herausgegeben. Beides sind anerkannte Experten in Wirtschaftsprüfung bzw. Wirtschaftsberatung und wirken als Dozenten an der Kammerschule Zürich.

Profitieren Sie von Experten-Wissen aus den verschiedensten Fachgebieten!

Das Sachbuch «Verwaltungsrat als Gestaltungsrat» hilft Ihnen, wirklich vorausschauend zu handeln, und liefert Ihnen themenübergreifende Informationen und weiterführende Analysen zur strategischen Planung Ihrer Corporate Governance.

Ja, ich bestelle

Ex. des Sets «Die Aktiengesellschaft», Best.-Nr. 802000

Ich erhalte für Fr. 298.– inkl. MwSt.

- das Handbuch «Aktiengesellschaft»
- das Sachbuch «Verwaltungsrat als Gestaltungsrat».

Und danach automatisch den News- & Update-Service mit

- dem Newsletter «PAGES»
- Aktualisierungen und Ergänzungen gegen separate Verrechnung.

Der WEKA Verlag garantiert

- Rückgaberecht von 20 Tagen
- jederzeit mögliche Kündigung des News- & Update-Services.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

Bitte liefern Sie umgehend an: Geschäft Privat

Firma/Branche:

Name/Vorname:

Funktion:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon/Fax:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift: 

100509

WEKAkompetent.

WEKA Verlag AG
Hermetschloosstrasse 77 Postfach 8010 Zürich
Telefon 01-434 88 88 Telefax 01-434 89 99
Internet: www.weka.ch E-Mail: info@weka.ch



Die ZEHN THESEN VON LUKAS MÜHLEMANN ◊ Ein Diskussionsbeitrag

Vom Sturm im Wasserglas

Die zehn Schweizer Mythen und die harte Realität von Lukas Mühleemann haben bisher eher zu Polemik als zu Diskussionen geführt. Dabei würde es die wenig revolutionäre liberale Agenda durchaus verdienen, ernst genommen zu werden.

VON FDP-STÄNDERÄTIN
CHRISTINE BEERLI,
BIEL (BE)

Grosse Aufregung ist in der Sonntagspresse entstanden zu Beginn des neuen Jahres. Der Anlass: ein wichtiger Wirtschaftsführer – Lukas Mühleemann von der Credit Suisse – hat in einem Beitrag zum Jahreswechsel im «TA-Magazin» eine liberale Agenda zusammengestellt. Darin werden – sachlich und knapp im Ton – die aus seiner wirtschaftlichen Sicht zentralen politischen Sachfragen zusammengestellt. Der Text ist gut eingeleitet und aufgebaut und enthält viel Wahres, wenig Neues und schon gar nichts Aufregendes. Zu begrüssen ist die Meinungsäusserung eines Wirtschaftsführers allemal. Oft genug haben sich einzelne Medien beklagt, die Wirtschaft interessiere sich nicht mehr für die Politik. Jetzt mit dem Zweihänder jene zu schlagen, welche aus Sicht der Wirtschaftsführer verständliche Positionen offenlegen, ist unfair. Wenn eine sachliche Diskussion stattfinden soll, sind solche Diskussionsbeiträge notwendig.

Ein weitgehend liberales Programm

Was Lukas Mühleemann in seinen zehn Agenda-Schwerpunkten zusammengestellt, ist ein weitgehend liberales Programm. Europapolitik, Stärkung des freien Marktes, Verselb-

ständigung öffentlicher Betriebe, Technologieförderung, Forschungspolitik, Steuerstopp, Revision der Sozialwerke nach Gesamtkonzept, Entwicklungszusammenarbeit, Verwesentlichung der Volksrechte: Fast überall folgt Mühleemann den von der freisinnigen Politik seit Jahren gesetzten Zielen. Zu einem grossen Teil sind diese Ziele fast 1:1 in der Vision 2007 und in der Wahlplattform 1999 «Sicherheit durch Erneuerung» der FDP Schweiz zu finden. Sehr deutlich und einmal mehr zeigt sich bei der Agenda von Mühleemann, dass das Programm der Zürcher SVP keineswegs mit der Agenda der Wirtschaft übereinstimmt.

Vorwurf der Langsamkeit greift kaum

Zwei Punkte möchte ich herausgreifen, bei denen ich die Analyse von Mühleemann nicht teile:

1. Die beklagte Langsamkeit des Systems: «Die Schweiz entscheidet langsamer, als es ihr guttut», heisst das Motto. Aus Sicht der Wirtschaftsführer sicher ein nachvollziehbarer Gedanke. Nur: In einem echt demokratischen System muss nicht nur das technokratisch Richtige möglichst schnell getan werden. Die politischen Entscheide müssen auch politisch abgestützt sein. Es hilft niemandem, wenn im Eilzugtempo und ohne breite Diskussion entschieden wird. Damit würde

– wenn überhaupt – nur ein vordergründiger Erfolg erzielt. Ein vernünftiger und wirtschaftsfreundlicher Entschluss wie die klare Ablehnung der Genverbotsinitiative konnte zum Beispiel nicht aus der Hüfte heraus, sondern nur nach einer gewissen, der Information dienenden Vorbereitungsphase, zustande kommen.

2. Die Liste für die Privatisierung staatlicher Betriebe enthält auch die Schulen. Die öffentliche, unentgeltliche und qualitativ hochstehende Grundschule darf nicht in Frage gestellt werden. Sie ist einer der wichtigsten Pfeiler der Chancengleichheit in der Schweiz und eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung des international guten

guten Bildungsniveaus der Schweizer Bevölkerung. Mehr Wettbewerb, auch zwischen öffentlichen und privaten Schulen, ist durchaus zu befürworten. Er darf aber nicht zum Ergebnis führen, dass nur noch die Kinder wohlhabender Eltern die Chance haben, eine

hervorragende Ausbildung zu erhalten.

Willkommener Denkanstoss

Fazit: Die zehn Punkte Mühleemanns sind ein willkommener Denkanstoss aus der Wirtschaft, den es nicht zu stigmatisieren, sondern ernst zu nehmen gilt. Ernst nehmen heisst aufnehmen und diskutieren. Die FDP tut das im Rahmen der Umsetzung ihrer Vision 2007 und der Wahlplattform 99. Zur Diskussion gehört auch, dass man mit einzelnen Punkten einverstanden ist

und andere ablehnt. Nicht mehr und nicht weniger. Daraus eine Staatsaffäre zu machen ist nicht angezeigt. Der Mediensturm in der nachrichtenarmen Zeit ist wahrlich ein klassischer Sturm im Wasserglas. ■

ZUM THEMA

.....
Jetzt mit dem Zweihänder jene zu schlagen, welche aus Sicht der Wirtschaftsführer verständliche Positionen offenlegen, ist unfair.

.....
Sehr deutlich und einmal mehr zeigt sich bei der Agenda von Mühleemann, dass das Programm der Zürcher SVP keineswegs mit der Agenda der Wirtschaft übereinstimmt.

BÖHMEN POLEN silvatur Rundreisen WÄLDER UND RENAISSANCESTÄDTE AUS DER MÄRCHENZEIT Bewährte Studien- und Wanderreisen mit bestem Komfort

Der Schweizer Naturwaldexperte Andreas P. Speich führt Sie auf einer reichhaltigen, erlesenen Reise durch unberührte Naturwälder, Nationalparke, weite Landschaften, grossartige Städte, zu Kulturdenkmäler in der Wachau, in Böhmen, Mähren, in den slowakischen Karpaten, im polnischen Ostgalizien und in den lieblichen Landschaften Nordost-Polens.

Von der Donau bis zum Fluss Bug zu verborgenen Schätzen des europäischen Lebensraumes: In ein idyllisches Renaissance-Städtchen an der Moldau, zu Grossmutter Sofie's Märchenwald in Südböhmen, uralte Eichen in den Auen der March und der Thaja,

WUNDER-
VOLLEN
URWALD
IN
EUROPA
ENTDECKEN

Bärenpfade im Nationalpark Hohe Tatra, mit Flössergesellen auf dem Dunajec, unter alten Linden im zarten Urwaldgrün, in die altherwürdige Königsstadt Krakau, tief in den Wisent-Urwald in Nordost-Polen und Chopin in der modernen Metropole Warschau.

Frische Waldluft atmen, zauberhaften Waldraum durchmessen, reizvolle Städte, weite Landschaften entdecken: faszinierende Kultur und Natur Osteuropas ab Zürich, jeweils Freitagabend:

12. - 28. Mai, 9. - 25. Juni, 14. - 30. Juli, 11. - 27. August 2000
Pferdegespanne, Flussfahrten, auf Wanderwegen und quer waldein, Varianten für kürzere od. lange Wanderungen; alle Zimmer mit WC/Dusche, Schlafwagen 1- od. 2-Bett-Komfortabteil, Luxusbus mit WC; Rückflug Warschau-Zürich mit Swissair/Crossair, alles inbegriffen, 1.Kl. Billett ab CH-Wohnort nach/von Zürich, hervorragende Verpflegung; 17 Tage pauschal Fr. 4'950.-, Einzelzimmer + Fr. 580.-. Wir senden Ihnen gerne den Prospekt: silvatur Postfach 457 CH-8803 Rüschlikon Tel./Fax 01 724 2649 oder 079 405 6146 E-mail: speich@voyager.archi.it

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 2000 ◊ *Ausblick*

Schnupperfrauen willkommen

Platz für neue Kräfte soll es in der Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz geben. Ihren Rücktritt auf die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz haben Brigitte Kaufmann-Arn, Thurgau, und Rita Bernoulli, Zürich, bekanntgegeben. Beide arbeiten seit 1996 im Vorstand (heutige Geschäftsleitung) der FDP-Frauen Schweiz mit.

Die FDP-Frauen Schweiz kennen seit vielen Jahren das praktische System der «Schnupperfrauen». An der Vorstandsarbeit interessierte Frauen können dabei während eines Jahres Ein-

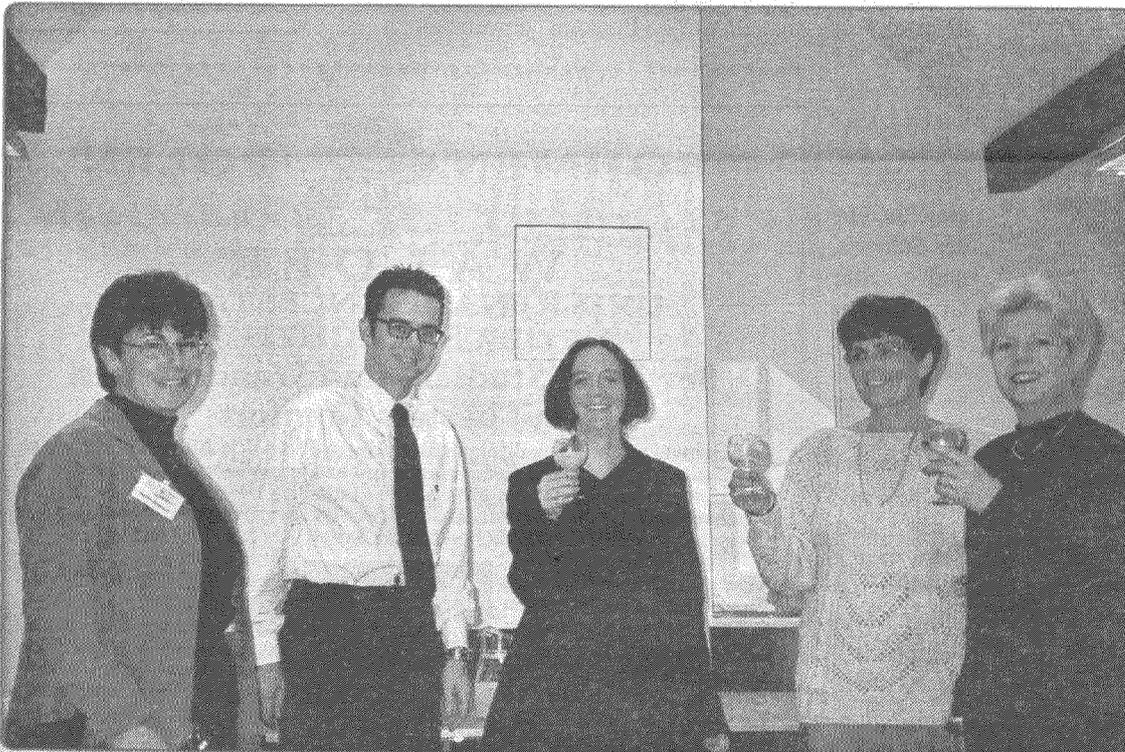
blick in die Tätigkeit der Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz nehmen. Der Entscheid, sich definitiv wählen zu lassen, kann damit in voller Kenntnis der Bürde und Würde eines

Vorstandsamtes gefällt werden. Die Geschäftsleitung übernimmt im wesentlichen die operative Führung der FDP-Frauen Schweiz und vertritt die Organisation nach aussen. Eine spannende, anregende Tätigkeit im Kreise gleichgesinnter, engagierter Frauen erwartet alle, die einmal auf eidgenössischer Stufe tätig werden möchten. Weitere Auskünfte erteilt unsere Präsidentin Sibylle Burger-Bono, Telefon (031) 872 31 11, Köniz.

Neue Organisationsform

Die FDP-Frauen Schweiz haben sich anlässlich ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 11. September 1999 neue Statuten gegeben. Der bisherige Vorstand wurde abgeschafft und durch eine Geschäftsleitung ersetzt sowie mit dem Zentralvorstand ergänzt. Der Zentralvorstand diskutiert grundlegende Standpunkte der FDP-Frauen Schweiz und fasst Parolen. Für die Mit-

arbeit in diesem Gremium haben bis heute zugesagt: Ständerätin Christine Beerli, Bern, Nationalrätin Dorle Vallender, Appenzell Ausserrhoden, Corina Eichenberger, Bern, Fabia Schild, Baselland, Franziska Troesch, Zürich, Vera Ninck, Bern, Ursula Brasey, Thurgau. ■



Auf eine gute Zusammenarbeit im neuen Jahr haben Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz und Vertreter des Generalsekretariates angestossen. V.l.n.r. Barbara Meienfisch, Vizepräsidentin FDP-Frauen, Guido Schommer, Pressechef FDP Schweiz, Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz, Florence Peiry, Schnupperfrau FDP-Frauen Schweiz, Andrea Trümpi, FDP-Frauen Glarus.

Ordentliche DV

FDP-Frauen Schweiz
Samstag, 29. April 2000

Restaurant zum Äusseren Stand, Bern

Bilaterale Abkommen

Christine Beerli, Ständerätin

11. AHV-Revision

Christine Egerszegi, Nationalrätin

Schnelle Thurgauerinnen

Kaum gewählt, schon angefragt. Erst ein paar Stunden gewählt war die erste Bundeskanzlerin in der Geschichte der Eidgenossenschaft, als sie bereits von den FDP-Frauen Thurgau für ein Treffen angefragt wurde. Annemarie Huber-Hotz liess sich nicht zweimal bitten und hat zugesagt. So reisen denn die schnellen Thurgauerinnen am 15. März 2000 nach Bern und freuen sich auf den Empfang durch die Bundeskanzlerin.

Jahrestagung 2000
FDP-Frauen Schweiz

Gesundheit –
zu welchem Preis?

Samstag, 16. September 2000,
Zürich

T O P
F I F T Y

Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

WETTBEWERB  DV in Muttenz

Was bringt Bundesrat Couchepin zum Lachen?

An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Muttenz trat ein älterer Herr ans Mikrophon und tat seine grundsätzliche Meinung zu einer der Vorlagen kund. Was wohl brachte Bundesrat Pascal Couchepin zum Lachen?



GUS. Zu gewinnen gibt's im «Freisinn»-Wettbewerb ein Foulard und ein FDP-Portefeuille für die besten Antworten. Bitte senden Sie uns Ihre witzigen Vor-

schläge bis zum 15. Februar und Leser wollen gerne Sprüche, der ältere Herr 2000. Unsere Leserinnen wissen, welche träfen wohl eingesetzt hat. ■

Talon

Ich weiss, was der ältere Herr gesagt hat:

«

 _____»

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Talon ausschneiden, einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuengasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
 Einzelnummer Fr. 2.-
 Jahresabo Fr. 20.-

TERMINE

Monat	Datum	Termin	Datum	Termin
Februar	21.	Presseverband / Essen mit der Fraktion	4.	Geschäftsleitung
	11./12.	Fraktionsseminar	6.	Delegiertenversammlung FDP-Frauen
	17.	Bundesratsparteien-Gespräche	18.	Bundesratsparteien-Gespräche
	18.	Von-Wattenwyl-Gespräche	19.	Von-Wattenwyl-Gespräche
März	25./26.	Vorsessionale Fraktionssitzung, inkl. Treffen mit Regierungsräten	21.	Eidg. Abstimmung
	6.-24.	Frühjahrssession	26./27.	Vorsessionale Fraktionssitzung
	6.	Groupe Latin	Juni	
	9.	Geschäftsleitung	5.-23.	Sommersession (2. Wo: Di-Fr)
April	4.	Presseverband	5.	Groupe Latin
	6.	Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz	8.	Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz
	7./8.	Fraktionssitzung		
Mai	28.	Vorsessionale Fraktionssitzung		
	2.-5.	Sondersession		

ZUR INITIATIVE «VOLKSWAHL DES BUNDESRATES»  Kleines freisinniges Kontra-Argumentarium

Nein zum Ausverkauf der Schweizer Demokratie

Im Januar hat eine Arbeitsgruppe der SVP ein Initiativprojekt für die Volkswahl des Bundesrates vorgelegt. Aus freisinniger Sicht ist diese Initiative problematisch.

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN

Alle Macht dem Bundesrat?

Die Initiative sieht vor, die Mitglieder des Bundesrates direkt vom Volk wählen zu lassen. Damit würde die Verantwortung des Bundesrates grösser als heute, das Parlament entmachtet. Das Parlament könnte seine dauernde Kontrollfunktion der Exekutive nicht mehr genügend wahrnehmen. Das Gleichgewicht der drei Säulen Legislative, Exekutive und Judikative würde leichtfertig in Frage gestellt.

Die politische Stabilität der Schweiz gefährden?

Die politische Stabilität in unserem Land stellt eine wichtige Kernkompetenz unseres Wirtschaftsstandorts dar. Gerade für Investitionen in schweizerische Arbeitsplätze ist die Kontinuität der Regierungszusammensetzung – kombiniert mit der Flexibilität, welche unsere direkt-demokratischen Instrumente Initiative und Referendum beinhalten – von grösster Bedeutung. Mit der Volkswahl würde diese Stabilität, mit der die Schweiz gute Erfahrungen gesammelt hat, gegen vier Jahre permanenten Bundesratswahlkampf getauscht.

Den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz gefährden?

Zwangsläufig hätte die Volkswahl eine starke Übergewichtung der städtischen, urbanen Schweiz zur Folge. Das Stimmengewicht der Agglomerationen gegenüber den ländlichen Gegenden würde sich im Bundesrat ungefiltert abbilden. Der Ruf nach einer Volkswahl des Bundesrates läuft dem föderalistischen Charakter der Schweiz zuwider.

Auch wenn mit einer Klausel zwei Sitze für die lateinische Schweiz garantiert würden, bliebe das Problem der in der Verfassung garantierten Vertre-

Einen neuen Sonderfall schaffen?

Kein Staat in der Grössenordnung der Schweiz wählt seine Regierungsmitglieder alle einzeln direkt. Die Schweiz würde hier ein Experiment mit ungewissem Ausgang wagen. Die bewährte Machtverteilung, die in der Schweiz gute Ergebnisse gezeitigt hat, würde aufs Spiel gesetzt.

Die bürgerliche Zusammenarbeit einmal mehr torpedieren?

Die Schweiz braucht eine bürgerliche Erneuerung. Dazu braucht sie einen bürgerlich dominierten Bundesrat, wie er heute de facto

notwendige bürgerliche Zusammenarbeit in den Sachdossiers – Steuerstopp, Sicherung der Finanzierung der Sozialwerke, Sanierung der Bundesfinanzen usw. – erschwert.

Alle Macht dem Geld?

Kombiniert mit der gefährlichen Maulkorbinitiative – Volksinitiativen müssten ohne Meinungsäusserung, geschweige denn Diskussion durch Bundesrat und Parlament Volk und Ständen vorgelegt werden –, wird auch die Volkswahl zum antibürgerlichen Instrument. Sowohl Abstimmungskampagnen als auch Bundesratswahlkampagnen würden zu einem sehr we-

massiv erschwert oder gar verunmöglicht.

Den Medien noch mehr Bedeutung geben?

«Bundesräte mit einer populistischen Ader kämen besser an als andere» (alt SVP-Nationalrat Otto Hess). Der Umgang mit den Medien und mit PR-Instrumenten würde noch wichtiger als heute, die politische Substanz würde noch weniger zählen. Die Abhängigkeit der Bundesräte von der momentanen Mediengunst würde unerträglich drückend.

Den Ladenhüter der Enttäuschten und der Extremisten aufwärmen?

Die Volkswahl des Bundesrates ist ein Instrument der Enttäuschten. Wiederholt wurde die Volkswahl von Extremisten gefordert. Das Postulat kam immer dann aufs Tapet, wenn sich eine Gruppierung nicht richtig vertreten fühlte im Bundesrat. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts waren es die Sozialisten und die Katholisch-Konservativen, später die Christlichsozialen, in den dreissiger Jahren die deutschlandfreundliche «Nationale Front», Anfang der vierziger Jahre die Sozialdemokraten, in den sechziger Jahren der LdU, dann James Schwarzenbach von der äusserst rechts stehenden Republikanischen Bewegung, dann wieder Sozialdemokraten und Grüne (Andrea Hämmerle, Otto Piller, Leni Robert). Bereits zweimal haben Volk und Stände die Einführung der Volkswahl deutlich abgelehnt (1900 und 1942). ■



Sollen unsere Bundesräte – hier Kaspar Villiger und Pascal Couchepin – inskünftig vom Volk gewählt werden? (Bild ruti)

tung der Regionen: Das Tessin beispielsweise würde kaum je wieder einen Bundesrat stellen können, zu klein wäre die Wählerbasis in diesem Kanton, um gegenüber der Romandie bestehen zu können.

gewählt ist (5:2). Dieses Verhältnis würde leichtfertig einem ungewissen, populistischen Launen ausgesetzten Wahlmarathon geopfert. Durch die unnötigen staatspolitischen Provokationen wird die dringend

sentlichen Teil von der eingesetzten Geldmenge abhängig. Im Klartext: Wer genügend Geld auftreiben kann, wird sich durchsetzen. Echte demokratische Auseinandersetzung, Dialog und Diskussion würden

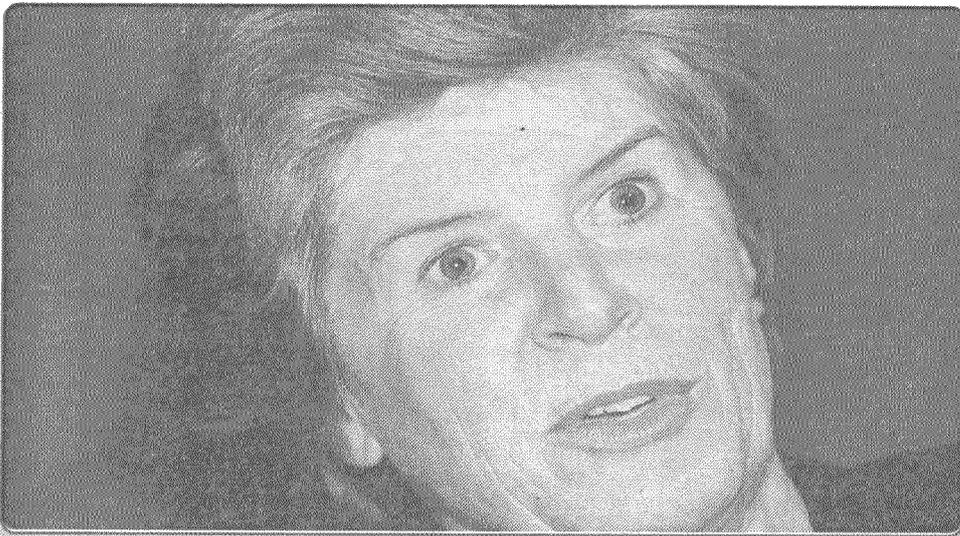
VERKEHRS - HALBIERUNG



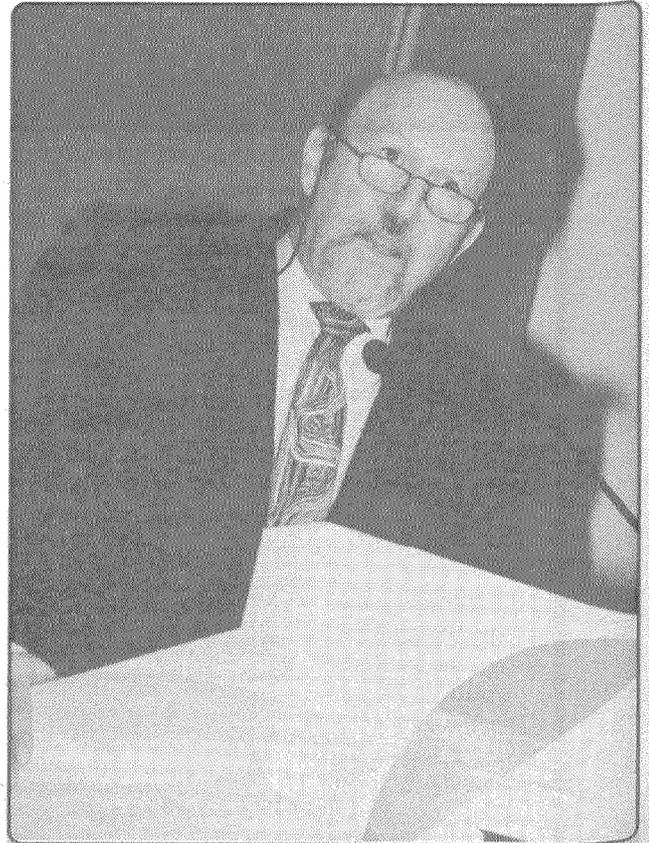
Karikatur Andreas Töns

Freisinnige Köpfe

Unser Photograph war an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in MuttENZ vom 22. Januar 2000 unterwegs. Er hat dabei den Auftrag gehabt, einige der herausragenden freisinnigen Köpfe abzulichten. Hier das Ergebnis. (alle Bilder ruti)



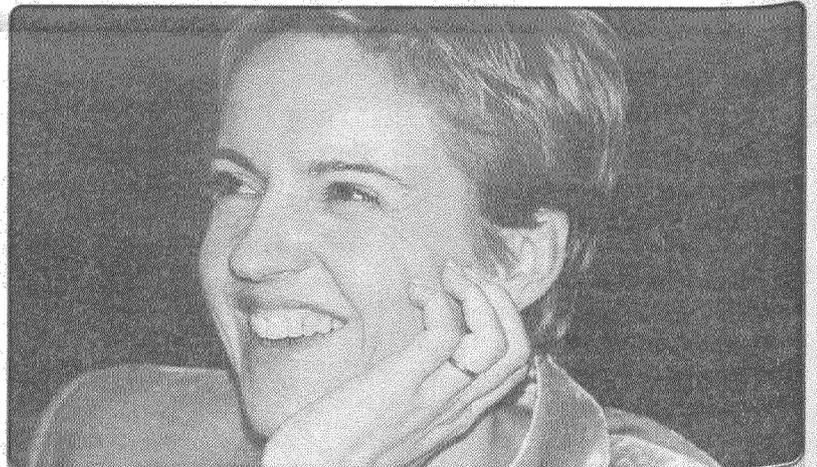
Ständerätin Helen Leumann bezog engagiert gegen das Verbot der Fortpflanzungsmedizin Stellung.



Als Baselbieter (Noch-)Regierungsrat und frischgebackener Ständerat ein Heimspiel: Hans Fünfschilling.



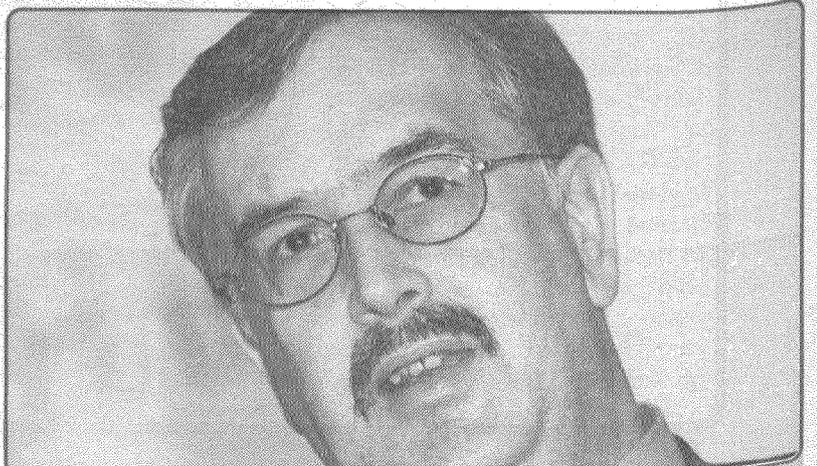
Am Tisch der Geschäftsleitung: Ständerätin Christine Beerli und der Zürcher Kantonsrat Ruedi Noser.



Seit Jahren an fast jeder DV dabei: Die Glarnerin Marianne Dürst-Kundert, zuerst als Kantonalsekretärin, jetzt längst als etablierte Regierungsrätin.



Inmitten der Schaffhauser Delegation: der Finanz- und Steuerexperte Nationalrat Gerold Bührer.



Hoffentlich der Nachfolger von Ständerat Hans Fünfschilling im Baselbieter Regierungsrat: FDP-Kandidat Adrian Ballmer.